

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt

An die
Mitglieder des Niedersächsischen Landtages
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
Postfach 4407
30044 Hannover

Offener Brief vom 1. Mai 2001

Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil

Dokumentation 3

Seite 1 bis 43

Auszüge aus:

Seite

Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft“

Reiner Opitz

Sonderdruck aus „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Heft 9/1965 2

Auszüge aus:

Wohlstand für alle

Ludwig Erhard

Eccon Verlag 195715

Franz Oppenheimer / Lebenserinnerungen

Geleitwort von Ludwig Ehrhard 34

25 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Tagung der Ev. Akademie Loccum 1972, Zeitungsberichte 36

Zehn Verpflichtungen zur Bekämpfung der Armut 1995 42

Benda: Grundgesetz schreibt keine Wirtschaftsverfassung vor 43

Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft“

I

Mag es auch oft so scheinen, als sei die CDU-Spitze für die Erfolglosigkeit ihrer Außenpolitik blind: intern wird natürlich nüchtern bilanziert. In den Führungskreisen der CDU und der ihr nahestehenden Industrie weiß man so gut wie in den Reihen der Kritiker des Regierungskurses, daß die „Politik der Stärke“ keine günstigeren Ausgangspositionen für die Wiedervereinigung und die Durchsetzung der weitergesteckten ostpolitischen Ziele erwirkt hat; daß die weltpolitische Entwicklung die Voraussetzungen für eine Änderung des mitteleuropäischen Status quo vielmehr zunehmend paralyisiert und die Stunde des Kurswechsels für die Bundesrepublik eigentlich längst gekommen ist. Anders als ihre Kritiker zieht die CDU aus diesem Sachverhalt jedoch nicht die Folgerung, daß die notwendige Umorientierung zu vollziehen sei, sie folgert, daß die Konstellationen, die über kurz oder lang zum Kurswechsel zwingen, zu durchbrechen und die heutigen internationalen Entwicklungen in ihrer Richtung zu ändern seien.

Abgesehen von dem Ruf nach mehr militärischer Stärke und dem Bemühen, über den EWG-Markt eine politische Gleichschaltung der westeuropäischen Nachbarstaaten zu erreichen, war jedoch eine ernsthafte Auskunft der CDU darüber, auf welchem Wege ihr eine derartige Konstellationsveränderung erreichbar scheine, lange Zeit nicht zu erhalten. Seit dem 31. März 1965 ist indessen das Rätselraten, das aus diesem Grund über die Absichten und den eigentlichen Charakter der CDU-Politik herrschte, zu großen Teilen gegenstandslos geworden. Die CDU hat eine umfassende Antwort gegeben. Die auf dem Düsseldorfer CDU-Bundesparteitag von Ludwig Erhard vorgetragene Konzeption von der „Formierten Gesellschaft“ gibt über die wesentlichsten außen- und innenpolitischen Wegvorstellungen Auskunft.

Die CDU hat mit diesem Plan - der in der Öffentlichkeit meist nur am Rande beachtet worden ist und der vielfach als „Wahlpropaganda“ oder als eine bloße Fortsetzung der üblichen Erhardschen Maßhaltereden mißdeutet wurde - eine politische Gesamtkonzeption vorgelegt, wie sie in dieser Geschlossenheit gegenwärtig wohl keine andere Partei besitzen dürfte. Der Plan ist umfassend durchdacht, durchaus auf Langfristigkeit angelegt und als das strategische Grundkonzept künftiger CDU-Politik ernsthafte Kenntnisnahme zu empfehlen. Zweierlei geht aus ihm hervor: Erstens: daß es der CDU und den mit ihr verbundenen Industriekonzerne und Bankkreisen (diese Liaison tritt im Formierungsplan vollends ans Licht) unverändert um den europäischen Osten geht, also um eine Veränderung des mitteleuropäischen status quo der Art, daß am Ende ein der industriellen Großmacht Gesamtdeutschland zugeordneter ost-europäischer Staatengürtel stünde. Zweitens: welche Wege man für gangbar hält, um dieses alte, nach menschlichem Ermessen längst unerreichbare Ziel doch noch erreichbar zu machen.

Es herrscht offenbar Klarheit darüber, daß die Kraft der Bundesrepublik, ja selbst die Kraft eines vereinigten Westeuropa nicht ausreichen würde, den östlichen Widerstand gegen eine Verschiebung der heutigen System- und Machtproportionen zu brechen. Ludwig Erhard neigte im Gegensatz zu den Anhängern abendländisch-kleineuropäischer Vorstellungen schon immer zu der Auffassung, daß es dazu einer im Bündnis mit den USA betriebenen *G l o b a l s t r a t e g i e* bedürfe, die vor allem auch die Entwicklungsländer miteinbezieht und den Kommunismus in Asien, Afrika und Lateinamerika zu einer weltweiten Konkurrenzschlacht herausfordert. Rüdiger Altmann, heute nicht zufällig einer der Mitverfasser des Erhard-Plans, entwickelte diese Idee bereits in seinem 1960 geschriebenen Buch „Das Erbe Adenauers“ und trug

dort auch schon die gesellschaftspolitischen Konsequenzen in den Grundzügen vor.

Heute ist diese Strategie, zu deren Sprecher sich seinerzeit Altmann machte, zur offiziellen Politik Ludwig Erhards geworden. Die „Gesellschaftspolitischen Kommentare“ berichteten am 15. Mai 1965, daß die Wahlkampfleitung der CDU davon abgeraten habe, den in Düsseldorf vorgetragenen Formierungsplan vor den Bundestagswahlen öffentlich zu diskutieren. Intern und in Blick auf ausgewählte gesellschaftliche Gruppen ist seine Propagierung jedoch im Gange. Die neue Konzeption wird die Richtlinien der nächsten Bundesregierung, sollte sie wiederum von der CDU gestellt werden, bestimmen - sie dürfte damit praktische Relevanz erhalten und von unmittelbarem Interesse sein.

Die Ausgangsüberlegung, die dem Plan von der „Formierten Gesellschaft“ zugrunde liegt, ist die folgende: Soll es gelingen, die auseinanderstrebende nicht-östliche Welt auf eine antikomunistische Globalstrategie nach eigenen Vorstellungen festzulegen, dann bedarf es dazu einer außenpolitischen „Ausstrahlungskraft“, wie sie die Bundesrepublik heute nicht besitzt. Die Bundesrepublik müßte imstande sein, sich durch Marktausdehnung und Entwicklungshilfe, durch Waffeneinkäufe einerseits, Militärhilfe andererseits und besonders auch durch eine möglichst weitgehende Übertragung des eigenen wirtschaftspolitischen Modells auf andere Länder so in die westliche und neutrale Welt zu integrieren, daß von daher ein politischer Gleichschritt möglich wird. Das gegenwärtige industrielle und militärische Potential gestattet Bemühungen in dieser Richtung bisher nur in begrenztem Umfang. Zwar sei die Bundesrepublik, wie Erhard in Düsseldorf sagte, „außenpolitisch stärker geworden“, da sie „eine der bedeutendsten und leistungsfähigsten Wirtschafts- und Handelsmächte der Welt“ sei und sich ihr „militärisches Potential“ im Rahmen der NATO „erheblich verstärkt“¹⁾ habe. Aber diese „außenpolitische Erstarkung“ ist für eine Gleichschaltung des politischen Willens der Verbündeten und der Entwicklungsländer bei weitem nicht ausreichend. Ist außenpolitische Stärke ein Produkt aus industrieller Leistungsfähigkeit und militärischer Macht (wovon die Verfasser des Formierungsplanes offenkundig überzeugt sind), dann bedarf es, um die notwendige formierende Ausstrahlungskraft zu erlangen, in den nächsten Jahren einer außerordentlichen, ja geradezu gigantischen Steigerung der industriellen Leistungskapazität, desgleichen einer weiteren Verstärkung der militärischen Potenz.

Eine derartige Kraftsteigerung wird nur für möglich gehalten, wenn eine Bündelung aller gesellschaftlichen Gruppen der Bundesrepublik auf dieses Ziel hin erfolgt und konkurrierende gesellschaftliche Interessen radikal ausgeschaltet werden. Die auf lange Sicht angelegte Strategie der ‚Formierung‘ Westeuropas und der übrigen nichtöstlichen Welt erfordert also zunächst die ‚Formierung‘ der eigenen Gesellschaft. Die Bundesrepublik muß sich von ihrer heutigen, pluralistischen-demokratischen und föderalistischen Gesellschaftsverfassung lösen und sich umwandeln in eine Leistungsgemeinschaft, in der alle Kräfte in Kooperation auf die Steigerung der industriellen Produktionskapazität bzw. der militärischen Macht hinwirken. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen darin übereinstimmend das Interesse des „Ganzen“ (der „Allgemeinheit“, des „Gemeinwohls“) erkennen und anerkennen und ihm ihre eigenen, andersgerichteten Forderungen nachordnen.

Der Vorsatz, eine solche Leistungsgemeinschaft zu schaffen, sortiert die heutige Gesellschaft der Bundesrepublik automatisch in zwei deutlich voneinander unterscheidbare Teile. Einmal in diejenigen Gruppen, die in der militärischen oder in der industriellen Erstarkung schon immer die höchste Aufgabe sahen, der die anderen gesellschaftlichen Interessen zu subordinieren seien. Sie bringen die „gemeinwohlorientierte“ Haltung sozusagen von Hause aus mit. (Es ist sicher kein Wunder, daß sie den Formierungsplan auch als erste begrüßt haben. Es sei verwiesen auf den Düsseldorfer Wirtschaftstag der CDU/CSU, auf dem die Notwendigkeit der Formierten

Gesellschaft von den Sprechern namhafter Industriekonzerne ausführlich und höchst aufschlußreich begründet wurde, und auf von Hassels Nürnberger Rede vom 27.5.65 vor dem Evangelischen Arbeitskreis der Unionsparteien, in der er den Durchbruch zu einer „wahrhaft neuen Gesellschaft“ als Voraussetzung verbundener Gruppen soll sich nun möglichst die gesamte übrige ! Gesellschaft aus „Einsicht“ anschließen. Ihr zweiter Teil besteht dementsprechend aus jenen Gruppen, die diese Einsicht nicht aufzubringen vermögen, die die Vorrangigkeit des Gesichtspunkts der Machtsteigerung vor demokratischen, sozialen oder kulturellen Gesichtspunkten nicht anerkennen wollen, die weiterhin ihre andersgerichteten Forderungen geltend machen und sie sogar als gleich- oder höherwertig hinstellen versuchen. Sie sind die nicht-gemeinwohlorientierten Teile der Gesellschaft, die egoistischen Interessengruppen.

Der Formierungsprozeß („Weg in die Formierte Gesellschaft“) ist der Prozeß der Ausschaltung des politischen Einflusses dieser Gruppen durch ihre Integration in ein kooperatives, dem Gemeinwohl verpflichtetes System. Schon aus der Proklamation dieses Ziels ließe sich folgern, daß der Weg in die Formierte Gesellschaft auch eine Umwandlung des parlamentarischen Systems und einen Funktionswandel des Parteienwesens erforderlich macht. Erhard und die Kommentatoren des Formierungsplans weisen auf diese Konsequenz jedoch selbst nachdrücklich - und programmatisch - hin. Erhard widmete große Teile seiner Düsseldorfer Rede dem Thema „Reform der deutschen Demokratie“. . . . „Wir können es uns nicht leisten, auf eine Reform der deutschen Demokratie zu verzichten. Unsere politischen Institutionen - und das gilt für die CDU als Partei ebenso wie für Parlament und Regierung, Bund und Länder - müssen in die Lage versetzt werden, der Dynamik des politischen und öffentlichen Lebens in höherem Maße gerecht zu werden. Nur eine Verfassung der Gesellschaft, in der wir alle Kräfte weitschauend einsetzen können, wird den Wohlstand, die soziale Sicherheit und die kulturelle Blüte unseres Volkes gewährleisten. . . . Wir sollten uns klar darüber sein, daß auch unsere politische Ordnung einem natürlichen Entwicklungsprozeß unterworfen ist.“¹⁾

Das Ergebnis des Formierungsprozesses soll eine Gesellschaftsordnung sein, deren Effektivität die hochentwickelten Industrienationen wie die Entwicklungsländer veranlaßt, sie bei sich selbst ebenfalls einzuführen. Wie der Plan zur gesellschaftspolitischen Infiltration der westlichen und neutralen Welt mit der innergesellschaftlichen Formierung zusammenhängt, sei an folgendem Zitatenerblick dargestellt:

„Es geht um die neuen Aufgaben unserer Politik. Nach der Phase des Aufbaus ist das Ziel der nächsten Jahre die Reform der deutschen Demokratie.“¹⁾

„Wenn ich zum innenpolitischen Teil unseres Programms für Deutschland von der Notwendigkeit gesprochen habe, bewußt den Schritt zu einer Formierten Gesellschaft zu tun, dann habe ich dabei zugleich und nicht minder an die Grundlagen unserer Außenpolitik gedacht . . . Eine wirksame deutsche Außenpolitik bedarf . . . heute mehr denn je der inneren Geschlossenheit unseres Staatswesens und einer hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Je deutlicher sich die Bindung des deutschen Volkes an seinen Staat, an sein Vaterland ausprägt, je gesammelter und geschlossener sich Deutschland der Welt präsentiert, um so mehr wird diese bereit sein, uns zu verstehen.“¹⁾

„Die Formierte Gesellschaft ist auch kein Modell, das etwa nur im Gehäuse des Nationalstaates funktioniert. In ihr kann sich vielmehr das Bild eines geeinigten Europa prägen. Sie ist darüber hinaus geeignet, eine Leitidee für die Neugestaltung unseres Erdteils wie auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker zu sein. Wenn uns dieser Schritt gelingt, dann wird sich die Anziehungskraft einer so gegliederten Gesellschaft anderen Formen gegen über als weit überlegen erweisen. Zugleich wird sie den Sozialismus - auch

dieser Prozeß ist bereits im Gange - ideologisch und politisch aufzuzehren." ¹⁾

„In diesen Prozeß ist eingeschlossen die Fortentwicklung unserer Beziehungen zu den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Alle diese Länder suchen ein Leitbild, das ihnen Synthesen ermöglicht von Freiheit und Ordnung, von moderner, technisierter Wirtschaftsstruktur und der Bewahrung ihrer kulturellen Eigenheit." ²⁾

„Dieses Modell ist nicht mehr der liberale Verfassungsstaat mit seinem parlamentarischen System.“ ³⁾

II

Um die Überführung der Bundesrepublik in einen neuen Verfassungszustand zu rechtfertigen, ist ein Stab von Wissenschaftlern und Publizisten am Werk, von denen einige auch offiziell als geistige Väter oder Mitverfasser des Formierungsplans vorgestellt werden. Zu diesem Gehirntrust zählen vor allem die Professoren Goetz Briefs (Washington/Berlin) und Eric Voegelin (ehemals Washington, jetzt Ordinarius für politische Wissenschaften an der Universität München), des weiteren der Publizist Rüdiger Altmann und Dr. Josef-Hermann Unland. Als Instrument für die Ankurbelung der internen und halboffiziellen Diskussion des Formierungsgedankens fungieren die „Gesellschaftspolitischen Kommentare“, ein theoretisches Organ der CDU, deren Redakteure Leo Schütze und Werner Riek ihrerseits erläuternde Aufsätze zum Thema der Formierten Gesellschaft veröffentlichen. Mehr oder minder hängen alle an der Erarbeitung des Formierungsplanes Beteiligten mit diesem ideologischen Steuerungsorgan der CDU für den sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich zusammen, Goetz Briefs ist z. B. ständiger Mitarbeiter des Blattes, und die Arbeiten Prof. Voegelins werden hier regelmäßig ausführlich gewürdigt. Die Redaktion teilt denn auch mit, daß der Formierungsplan Erhards im wesentlichen auf den Arbeiten von Briefs und Voegelins beruhe, deren Untersuchungen über das Kapitalismus-Problem, die Machtkonzentration der Gewerkschaften und die politischen Massenbewegungen die nunmehr vorgelegte Konzeption vorbereitet hätten ⁴⁾.

Im ersten Juli-Heft unternahm die Redaktion der „Gesellschaftspolitischen Kommentare“ erstmals den Versuch, den Charakter der Formierten Gesellschaft näher zu präzisieren und ihn in zwölf Thesen, denen jeweils eine kurze Erläuterung folgte, darzustellen. Da es sich um eine authentische Interpretation handelt, sei in diesem Kapitel zunächst diese Darstellung referiert.

Unter dem Terminus „Formierte Gesellschaft“ sei ein durch eine bestimmte Form charakterisierter Gesellschaftstyp zu verstehen (These 1), nämlich (These 2) die Gesellschaft der „dritten Phase der modernen nicht-kommunistischen Industriegesellschaft“. Die erste Phase sei die „Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts“ gewesen, die dadurch gekennzeichnet war, daß in ihr „machtvolle Gruppen mit gegensätzlichen wirtschaftlichen und sozialen Interessen im Kampfe um die die Sozialordnung bestimmenden Grundprinzipien“ verfangen gewesen seien. Sie sei etwa seit der Zeit des Ersten Weltkrieges nach und nach durch die zweite Phase, die „pluralistische Verbandsgesellschaft“ abgelöst worden. Kennzeichen dieses zweiten Typs der nicht-kommunistischen Industriegesellschaft seien ‚befestigte‘ Verbände, die nicht mehr grundsätzlich um die Sozialordnung, wohl aber um die Verteilung des Sozialprodukts miteinander im Kampf liegen. Die befestigten Verbände orientieren sich also nicht am Gemeinwohl, sondern sind darum bemüht, Staat und Gesellschaft ihren Gruppeninteressen dienstbar zu machen. Für die Pluralistische Verbandsgesellschaft sei daher die ‚Aufsplitterung und Isolierung

der einzelnen Gruppen' (Erhard) „oder anders ausgedrückt der Pluralismus widerstreitender organisierter Interessen, die nicht auf den Generalnenner des Gemeinwohls gebracht sind, charakteristisch. . ., Das Ziel, auf das die moderne Industriegesellschaft von selbst hindränge, sei daher die dritte Phase, die „Formierte Gesellschaft". In der Sozialen Marktwirtschaft seien die Ansätze der Formierung, die im Grunde bis in die Weimarer Zeit zurückreichten, schon zu erkennen; seit der Währungsreform im Jahre 1948 sei der Formierungsprozeß in Gang.

Gegenwärtig befinde sich die Bundesrepublik (These 4) 5) im Übergang von der „Pluralistischen Verbandsgesellschaft" zur „Formierten Gesellschaft", sie sei keine formierte, sondern eine „sich formierende" Gesellschaft. Das Zustande kommen der Formierten Gesellschaft sei ein viele Jahre dauernder geschichtlicher Prozeß, allerdings sei er kein Naturprozeß, er sei also, wie alle „zielgerichteten geschichtlichen Prozesse" Gefahren ausgesetzt und von der Möglichkeit des Scheiterns bedroht. Die gesellschaftliche Formierung sei in der Bundesrepublik einerseits bereits weiter vorangeschritten als in allen vergleichbaren westlichen Industrienationen, was zurückzuführen sei auf die „besonderen geschichtlichen Ereignisse und Erfahrungen des deutschen Volkes", auf der anderen Seite sei er jedoch dadurch gehemmt, daß „die Gewerkschaften zu einer Zeit, nämlich in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, mächtig wurden, in der ‚der Staat schwach, die Unternehmer gelähmt und die Demokratie durch Besatzungsmächte restauriert war'. „ (Goetz Briefs)

In den folgenden Thesen (5 -12) werden acht Merkmale der ‚formierten Gesellschaft' genannt und erläutert.

M e r k m a l 1: Die Formierte Gesellschaft sei ihrem Wesen nach *k o o p e - r a t i v*. Erläuterung: „Sie besteht nicht aus Gruppen, die in ihren Handlungen einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen - was, längere Zeit betrieben, zur Desintegration der Gesellschaft führen muß -, sondern beruht auf dem freien Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen in Unterordnung unter gesamtgesellschaftliche Ziele. Sie ist daher ‚nicht mehr von sozialen Kämpfen geschüttelt und von kulturellen Konflikten zerrissen'. Weiter heißt es, Erhard ginge es, wenn er die Verwirklichung dieses Merkmals der Kooperation verlangt, „um die Integration der ‚befestigten' Gruppen in Gesellschaft und Staat, um ihre Bindung an das Gemeinwohl, um die Überwindung der zerstörerischen Kräfte des Pluralismus weltanschaulicher und verbandsorganisatorischer Prägung, da er sehr wohl die Gefahren sieht, die auch eine ‚Formierte Gesellschaft' bedrohen". (These 5)

M e r k m a l 2: Die Formierte Gesellschaft sei eine Gesellschaft mit „*g e m e i n w o h l o r i - e n t i e r t e n* ‚*b e f e s t i g t e n*' Gruppen". Erläuterung: Die ‚befestigten' Gruppen - also die Interessenverbände, wie ausdrücklich definiert wird, „die einen optimalen Status ihres Umfangs und ihrer Organisation sowie einen legalen Status erreicht haben, indem sie vom Staat anerkannt sind und ihre Rolle von der Gesellschaft akzeptiert ist - verfügen auf Grund ihres befestigten Charakters „über mehr oder weniger erhebliche Macht". Die Bildung bzw. Aufrechterhaltung einer Formierten Gesellschaft sei jedoch nicht möglich, solange diese befestigten Gruppen „...ihre Mitglieder in wirklich wichtigen Fragen nur oder doch vorrangig auf die Gruppenziele hin zu orientieren suchen und der Meinung sind, daß das Schicksal ihrer Mitglieder durch Wahrnehmung der Interessen der Gruppe entschieden werde ...“ Erforderlich sei daher „die Begrenzung und Kontrolle dieser Macht, und zwar *n a c h M ö g l i c h k e i t* (Sperrung d. Verf.) auf Grund der eigenen Einsicht dieser Gruppen." (These 6)

Merkmal 3: die Formierte Gesellschaft sei eine *f r e i h e i t l i c h - d e m o k r a t i s c h e* Gesellschaft. Erläuterung: Sie formiere sich aus eigenem Willen, aus der Erkenntnis und dem wachsenden Bewußtsein wachsender Abhängigkeit". Jedoch: „Der gegenwärtige Zustand

unseres parlamentarisch-demokratischen Systems entspricht in mancher Hinsicht nicht den Anforderungen einer Formierten Gesellschaft. Das Parlament darf so wenig wie die Regierung oder die Ministerialbürokratie den organisierten Interessen unterworfen sein."

„Daher und auch aus anderen Gründen, ist das Ziel der nächsten Jahre die Reform der deutschen Demokratie~, die die Entwicklung unserer Gesellschaft auf das Leitbild der Formierten Gesellschaft hin fördern soll. Wichtigste Voraussetzung für diese Reform dürfte es sein, daß in den Parlamenten und in den Parlamentsausschüssen, aber auch an der Spitze der Ministerien Männer die Politik bestimmen, die Bundeskanzler Erhard treffend ‚Spezialisten für allgemeine Interessen‘ genannt hat ...“ Zu dieser Reform gehöre des weiteren, „daß der Wähler, nicht als ‚Interessent‘, sondern als ‚Staatsbürger‘, also mit gesamtpolitischem Blick entscheiden soll.“ (These 7)

M e r k m a l 4: Der Formierungsprozeß vollziehe sich auf der Basis einer bestimmten Wirtschaftsordnung, nämlich der Sozialen Marktwirtschaft. Diese Wirtschaftsordnung habe, wie es in der Erläuterung heißt, außer ihrem Sozialzweck „einen überwirtschaftlichen Sinn“, da sie unter anderem „die partikulären Interessen aller Art in übergeordnete politische Entscheidungen einordnen solle“. (These 8)

M e r k m a l 5: Die Formierte Gesellschaft sei eine Gesellschaft „des d y n a - m i s c h e n G l e i c h g e w i c h t s zwischen der Dynamik der Wirtschaft und der sozialen Sicherheit und Stabilität“. Aus der Erläuterung: „In einer formierten Gesellschaft soll der einzelne Mensch seine private Initiative gerade auch in der Selbstvorsorge für die Wechselfälle des menschlichen Lebens wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit im Alter (Invalidität) usw. frei entfalten.“ Wer „ohne eigene Schuld“ über keine ausreichende Versorgung verfügt, für den werde die Formierte Gesellschaft allerdings weiterhin eine „Soziale Bürgerschaft“ übernehmen. Auch künftig müßten die nötigen Mittel für die erforderlichen sozialen Leistungen bereitgestellt werden. „Das hat aber selbstverständlich seine Grenzen, und zwar vor allem an der Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft.“ Zwischen der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und den Erfordernissen der Sozialpolitik müsse ein „Gleichgewicht“ gefunden werden. Dieses Gleichgewicht könne aber kein statisches sein, da sich die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft fortwährend ändere. „Die Herstellung dieses Gleichgewichtes ist also eine sich immer wieder stellende Aufgabe, und daher hat dieses Gleichgewicht keinen statischen, sondern dynamischen Charakter.“ (These 9)

M e r k m a l 6: Die Formierte Gesellschaft sei eine Gesellschaft des „s o z i a l e n A u s g l e i c h s“. Erläuterung: Lenin sei in seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ davon ausgegangen, daß die kapitalistische Wirtschaft einen sozialen Ausgleich, wenn überhaupt, dann nur solange herbeiführen könne, wie sie über Kolonialbesitz verfüge. Er erwartete folglich, daß der Verlust der Kolonien die kapitalistischen Staaten in die sozialistische Revolution treiben würde. Deutschland, das mit dem Ende des Ersten Weltkriegs als erster großer Industriestaat seine Kolonien verlor, bewies jedoch, daß der Streit um das Sozialprodukt nicht in einen Kampf aller gegen alle ausarten braucht, die gesellschaftlichen Gruppen fanden solche Kompromisse, „daß die deutsche Gesellschaft über der Verteilung des Sozialprodukts nicht auseinanderbrach.“ Dieser Prozeß des sozialen Ausgleichs sei nach 1945 weitergegangen und habe angesichts der „im großen und ganzen vernünftigen Haltung der Beteiligten“ zu einer positiv verlaufenden Entwicklung geführt. (These 10)

M e r k m a l 7: Die Formierte Gesellschaft sei eine Gesellschaft von „h o c h - g r a d i g e r I n t e r d e p e n d e n z“. Erläuterung: „Die industriellen Produktionsmittel erfordern bei ihrem Gebrauch die Zusammenarbeit einer mehr oder weniger großen Zahl von Menschen.

Diese für die industrielle Betriebsform charakteristische Abhängigkeit dehnt sich auf die Gesamtgesellschaft aus. Diese wird somit zu einem Gesamtbetrieb; eine freie Gesellschaft wird gewissermaßen zum ‚Gesamtbetrieb ohne Unternehmer‘, eine unfreie zum Gesamtbetrieb mit Unternehmer, und zwar so, daß ein Führungskollektiv oder ein Diktator die unternehmerische Leitung an sich reißt.“ (These 11.)

M e r k m a 1 8: Die Formierte Gesellschaft sei eine Gesellschaft „mit einem ausgeprägten gesamtgesellschaftlichen Bewußtsein“. Erläuterung: Gibt es ein solches Bewußtsein in einer Gesellschaft nicht oder ist es „zu schwach ausgebildet“, so sei dies „in Krisenzeiten ein erhebliches Schwächemoment; im ungünstigsten Fall besteht sogar die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Gesellschaft“. Das gesamtgesellschaftliche Bewußtsein sei das „entscheidende einheitsstiftende Moment einer Gesellschaft“. Es drücke sich „u. a. in der öffentlichen Meinung, in Gesetzen, Verordnungen und in politischen Handlungen“ aus. Es sei bei den meisten Menschen für gewöhnlich nur schwach entwickelt. „Eine Gesellschaft braucht aber, um handlungsfähig sein zu können, allgemeinverbindliche Ziele, d. h. solche, die für alle Angehörigen dieser Gesellschaft gelten. Solange eine Gesellschaft gesund ist, erwarten oder fordern diese daher mehr oder weniger deutlich, daß ihnen ihre führenden Politiker bzw. die politischen Führungsgruppen gesamtgesellschaftliche Ziele zeigen und ihnen sagen, an welchem geschichtlichen Ort die Gesellschaft steht.“ (These 12)

((Der Abschnitt III, Seite 9 bis 24 wird hier wegen des Umfangs weggelassen.))

IV

Das also ist das Programm. Vorgetragen im Jahre 1965, 20 Jahre nach dem Zusammenbruch der letzten totalen Formierung der deutschen Gesellschaft und inspiriert von den gleichen Industriekonzernen, die damals nach dem „Gesamtunternehmer“ riefen; die sich 1932 im Industrie-Club (ebenfalls Düsseldorf) seine Pläne vortragen ließen und ihn an die Macht brachten, weil er versprach, ihnen jene Märkte und Räume in der Welt zu verschaffen, um die es ihnen jetzt wieder - nun also zum dritten Mal - geht. Es hat ja keinen Sinn, darum herumzureden. Natürlich ist dieses Formierungskonzept kein Nationalsozialismus. Es ist frei von rassistischen Parolen, frei von manch anderen spezifisch nationalsozialistischen Momenten. Fragt man jedoch, wie unter den heutigen Bedingungen, in der Zeit nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus, angesichts der veränderten Weltlage und der veränderten Bündnis-konstellationen, ein neues deutsches Programm zur Durchsetzung der alten Ziele der wilhelminischen und Hitlerschen Großmachtspolitik aussehen müßte - die Antwort kann wohl nur lauten: Genau s o ! Aus dem Plan der Formierten Gesellschaft spricht eine „klügere“, die Fehler der Hitlerzeit, den technischen Fortschritt und die allgemeine innen- und außenpolitische Situation in Rechnung stellende deutsche Großmachtpolitik. Die Begründungen haben sich verändert, die Ziele sind geblieben. Die modernen Industriellen des Jahres 1965 wollen gewiß nicht den unmodernen Faschismus des Jahres 1933; sie wollen einen „zeitgemäßen“, der den technologischen und politischen Verhältnissen der Jahre 1965 bis 1970 angepaßt ist.

Dieses Programm zur abermaligen Bündelung der gesellschaftlichen Kräfte, zur „Konzentration“ des Volkes wird nicht verkündet im Augenblick der außenpolitischen Stärke, sondern deshalb, weil die bisherige Politik der Stärke zu keinen Erfolgen geführt hat. Der Ausweg wird, wie nach 1929, darin gesucht, eine neue innenpolitische Qualität zu schaffen. Adenauers autoritäre Demokratie ermöglichte zwar auf der einen Seite die von Erhard gerühmte Fortsetzung des Formierungsprozesses in der Nachkriegsgesellschaft' andererseits aber haben die Ergebnisse gezeigt, daß dieses Spiel mit den „befestigten“ Verbänden, die Gründung der Regierungsmacht auf dem ständigen Gegeneinander-Ausspielen der organisierten Interessen

zum jeweils eigenen politischen Vorteil, nicht genügt, um die notwendige außenpolitische Kraft zu entwickeln. Die wirtschaftspolitische Macht der Bundesrepublik hat nicht ausgereicht, den EWG-Markt und die westeuropäischen Konkurrenzindustrien fest in die deutsche Hand zu bringen und die Regierungen der EWG-Staaten in Filialen (Subunternehmen) der westdeutschen Politik umzuwandeln. Der Fortbestand des EWG-Marktes selbst ist vielmehr wieder bedroht, er befindet sich - nicht zuletzt wegen dieser Bonner Ambitionen - hart am Rande des Auseinanderfalls. Die militärische Macht hat bislang in keinem einzigen Falle politische Pressionserfolge eingebracht, auch sie ist nicht eindrucksvoll genug, um der Welt deutlich zu machen, daß man diesem vitalen, hochgerüsteten Staat seinen Willen nicht verweigern kann, ohne ihn damit letztlich nur zur Herstellung eigener Atomwaffen zu nötigen. Und der weltanschauliche Pluralismus der Verbandsdemokratie hat jene Schwierigkeiten ermöglicht, denen sich die CDU heute im Umgang mit der Jugend, den Intellektuellen, den Gewerkschaften und anderen demokratisch orientierten Gesellschaftsgruppen gegenüber sieht.

Der Regierungspolitik droht die innenpolitische Gefolgschaft auseinanderzulaufen - zu einem Zeitpunkt, da nach Ansicht der CDU ein Höchstmaß an politischer, militärischer und industrieller Macht erforderlich wird, soll Westeuropa zurückgewonnen, die neutrale Welt neu gewonnen, Amerika überzeugt und der Osten schließlich zum „Ausgleich“ gezwungen werden. Erhard formulierte das außenpolitische Programm in Düsseldorf unmißverständlich (in den Wahlkampfwochen hat er es mit ähnlichen Worten vielfach wiederholt): „Das Bemühen unserer Außenpolitik dient der Bekräftigung unserer grundsätzlichen und gemeinsamen Interessen, um von diesem Standort aus zu einer umfassenden und wirksamen Strategie der westlichen Politik überhaupt zu kommen.“¹⁾ Das Ziel dieser Politik sei ein „Ausgleich“ in Europa. „Aber auch in der Außenpolitik versteht Erhard unter Ausgleich nicht „irgendeinen faden Kompromiß“. Der Zweck des Ausgleichs sei der Friede, und „Friede duldet keine Knechtschaft, Friede heißt nicht Koexistenz.“ ... „Was wir erstreben, ist eine europäische Friedensordnung, die allen Völkern Europas ihre Freiheit und Sicherheit garantiert.“ (Sperrung des Verf.) Eine Entspannung könne daher „nicht einfach dadurch erreicht werden, daß die Bundesrepublik den im einseitigen Machtinteresse der Sowjets liegenden gegenwärtigen Zustand für sich und die freie Welt als verbindlich anerkennt“. Auch die Vereinigten Staaten müßten „daran interessiert sein, daß dem Immobilismus der sowjetischen Politik die politische Regeneration Europas entgegensteht“.

Die Herstellung einer einheitlichen, gesamtwesteuropäischen Dynamik einer politischen Harmonie der sechs EWG-Länder voraus. Der dafür entwickelte Plan, der in die Bemühungen um die Wirtschaftsintegration eingeflochten ist: „Dabei wird sich immer deutlicher zeigen, daß es mechanistisch gedacht wäre, ohne weiteres darauf zu vertrauen, daß ein so umfassender Markt ohne die Angleichung der gesellschaftlichen Systeme zu praktizieren wäre. Aus solcher Sicht heraus kommt dem von uns fortzuentwickelnden Modell einer Formierten Gesellschaft auch europäische Bedeutung zu.“¹⁾ Noch deutlicher wurde dies~ übrigens auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU. ausgesprochen: Es sei die „Aufgabe der Bundesrepublik, ein unseren Vorstellungen entsprechendes Leitbild der für die gesamte EWG tragbaren Wirtschaftsordnung zu entwerfen und bei uns zu verwirklichen, um dann zu versuchen, es auf die EWG zu projizieren.“¹⁴⁾

Ein deutscher Kanzler verkündet zwanzig Jahre nach dem verlorenen Krieg ein „ordnungspolitisches Modell“ (wie die ‚Gesellschaftspolitischen Kommentare‘ sich ausdrücken), das zunächst auf die Staaten Westeuropas übertragen werden soll, gleichzeitig, in Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe, auch auf die „Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas“, an dem aber grundsätzlich die ganze Welt genesen könne. Vor allem auch Osteuropa. Die Formierte Gesellschaft sei eine Leitidee für die „Neugestaltung unseres Erdteils“. Woher, kann man nur

fragen, nimmt Erhard den Mut, Deutschland schon wieder als Vorbild für die ganze Welt hinzustellen - und zwar nicht einmal das gegenwärtige, sondern ein umgekrempeltes, entdemokratisiertes? Woher die Selbstverständlichkeit, mit der es als deutsche Aufgabe angesehen wird, Europa zu „ordnen“ und anderen Völkern, bis in entlegene Kontinente hinein, die „Ordnung“ zu bringen?

Nun, Ludwig Erhard ging es im Interesse der Konzerne schon immer um eine einheitliche Markt- und Sozialordnung in zumindest gesamteuropäischer Dimension, und er war immer schon der Auffassung, daß es dazu der politischen Formierung der anderen auf Grund deutscher Vorstellungen bedürfe. Ein Erhard-Zitat aus dem Jahre 1942: „Die Ordnung des europäischen Marktes - als ideelle Einheit verstanden - scheiterte z. B. nicht an der Unzulänglichkeit technischer Mittel (wie z. B. an der Technik der währungsmäßigen Verrechnung), sondern an den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zielsetzungen der einzelnen Länder. Es ist auch kein Zufall, daß alle bis dahin versuchten Mittel rein wirtschaftlicher (handelspolitischer) Art zum Scheitern verurteilt waren. Wenn aber wirtschaftliche Überlegungen nicht hinreichen, um der höheren Notwendigkeit Raum zu geben, dann wird die Lösung eine umfassendere sein müssen, und die Ordnung des europäischen Marktes als primär-ökonomische Aufgabe wird dann auch Verlagerungen gesellschaftlicher und politischer Art zur Folge haben, die als vielleicht wichtigste Aufgabe der Zukunft selbst wieder in ein System der Ordnung, und das heißt hier der sozialen Ordnung, gebracht werden müssen.“²³⁾

Die Vergangenheitsform - scheiterte, verurteilt waren, alle bis dahin versuchten Mittel - erklärt sich aus den Zeitumständen. Es schien ja damals gerade, als würde jetzt einiges möglich, woraus am Ende dann freilich doch nichts wurde. Deshalb formuliert Erhard, wenn er heute, im Jahre 1965, von den Schwierigkeiten der Herstellung einer „europäischen Friedensordnung“ spricht, wie der futurisch, sonst aber analog: „Hüten wir uns vor der Illusion, daß dieses Ziel (die „europäische Friedensordnung“, d. Verf.) mit unzulänglichen technischen Regelungen erreicht werden könnte. Wenn in einer europäischen Friedensordnung die Zusammenarbeit dem gemeinsamen Nutzen und dem Ausgleich von Interessen dienen und dazu das Mißtrauen abgetragen werden soll, bedarf es nicht nur technisch abgestimmter Verfahren, sondern politischer Lösungen.“¹⁾

Als die Nationalsozialisten mit allen anfänglichen Rücksichtnahmen auf die Interessen der mittelständischen Wirtschaft gebrochen hatten und die Marktordnung in Deutschland kompromißlos auf die Interessen der größten Konzerne ausgerichtet war, hielt Erhard diese Regelung offenbar nicht für schlecht. Er schreibt jedenfalls im Jahre 1942 lobend, daß der „auf das Ganze abzielende“ nationalsozialistische Marktordnung „ihre Aufgaben und Ziele durch die höheren und gemeinverbindlichen Werte der Nation vorgezeichnet sind.“²³⁾ Es mag erstaunen, solch hohes Lob auf eine Marktordnung, die mit allen Grundsätzen der Wirtschaftsliberalität gebrochen hatte, aus dem Munde ausgerechnet des überzeugten Liberalen Ludwig Erhard zu hören. - Des überzeugten Liberalen Ludwig Erhard?

Erhard im März 1933: „Das eine jedenfalls ist gewiß: Das Zeitalter des Liberalismus, des freizügigen Individualismus, ist vorüber. Die Auffassung, daß diese Wirtschaftsprinzipien am ehesten der Aufgabe, die Menschen mit materiellen Gütern zu versorgen, gerecht zu werden vermögen, ist heute nicht nur in Deutschland überwunden. Nie hätte ja auch der richtunggebende Satz: ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ so starkes und nachhaltiges Echo finden können, wenn es wahr oder doch nur geglaubt wäre, daß die freie Entfaltung des Individuums und dessen Streben nach Reichtum, Glück und Geltung zugleich auch die Harmonie der Gesamtheit und den Ausgleich der Interessen verbürge ... Wir wissen, daß der klassenkämpferische Sozialismus den ökonomischen Liberalismus nicht überwinden konnte, weil er ein Schöbbling

aus der gleichen Wurzel ist; weil er die Bewegungsgesetze des Liberalismus anerkennt und seinem Ziele dienstbar machen wollte. So verstanden ist es richtig, daß der Sozialismus auf den Grundfesten des Liberalismus baute.“ Und einige Sätze weiter, im Rückblick auf die Weimarer Jahre: „... übrig blieb eine Wirtschaft, in der häufig unter der oft nur seichten Tünche des freien Wettbewerbs in Wahrheit das Diktat der straff organisierten Wirtschaftsmächte und -gruppen regierte, ohne klare Linie und größere Zielsetzung, nur geleitet von dem Jagen nach dem Augenblickserfolg. Diese Charakteristik gilt für Industriekartelle ebenso wie für Gewerkschaften, gilt überhaupt für alle Marktverbände ... Welche Überlegungen auch immer solche Politik bestimmten, der Wille zur Mehrung des Gemeinnutzes war es jedenfalls nicht, auch nicht in mittel- oder unmittelbarer Wirkung.“²⁴⁾

Nein, wer auch immer die Legende vom liberalen Wirtschaftsprofessor kolportieren mag: Erhard war nie der Kanzler der Liberalen, Erhard ist der Kanzler der großen Konzerne. Ihr Interesse ist es, sich über Europa hin auszudehnen, sie warten und drängen darauf, daß die Grenzen, die ihrer Dynamik im Wege stehen, ein geebnet oder beiseitegestoßen werden. Ihnen ist als einziger gesellschaftlichen Gruppe (wenn man sie überhaupt so bezeichnen kann, rund 100 Männer werden es im wesentlichen sein) der Lebensraum zu knapp - und sie übrigens hielten es immer schon für ihr gleichsam „natürliches“ Recht, daß die Welt die „höhere Notwendigkeit“ ihrer Dynamik einsieht und ihr im wörtlichsten Sinne „Raum gibt“. Sie haben Europa - zwar weiß man nicht, mit welchem Recht, aber dennoch ist es seit etwa gut einem halben Jahrhundert so - permanent wie ein Gebiet betrachtet, für dessen Ordnung sie zuständig seien und das ihnen eigentlich nur, von jeweils wechselnden Gegnern, vorenthalten wird. Nur im Interesse dieser überdimensionierten, aus überschüssiger Kraft an ganz Europa denkenden Konzerne könnte es liegen, wenn die deutsche Gesellschaft ein weiteres Mal unter dem bündelnden Oberbegriff des „Gemeinnutzes“ oder „Gemeinwohls“ auf eine „klare Linie“ gebracht wird.

Auf dem Düsseldorfer Wirtschaftstag wurde Beschwerde über die falschen Vergleiche geführt, denen die Formierte Gesellschaft in der öffentlichen Diskussion ausgesetzt sei.²⁵⁾ Zu Recht. Man hätte sie mit Johnson's „Great Society“ oder gar Roosevelts „New Deal“ verglichen, aber dies alles sei falsch. Natürlich ist das falsch. Auch die mitunter zu hörende Ansicht, es handele sich hier um ein neues ständestaatliches Konzept, geht am Charakter des Formierungsplanes vorbei. Im modernen Gesamtbetrieb der Konzerne, in dem alles störungsfrei ablaufen muß, ist kein Platz für irgendwelche Stände, in ihm müssen alle Gruppen - und sei es auch der nächstgrößte Wirtschaftspartner - wie am Schnürchen funktionieren, soll es nicht zu Störungen kommen, die den außenpolitischen Betriebszweck gefährden. Die Formierte Gesellschaft ist die nach Prinzipien der Wirtschaftsrationalität total durchorganisierte Gesellschaft. Die Interessen der Wirtschaftsdynamik - gleichbedeutend mit den Konzerninteressen - sind das Kriterium, an dem soziale Wünsche, Weltanschauungen, moralische Wertvorstellungen, künstlerische und wissenschaftliche Leistungen geprüft und als einbaufähig oder störend erkannt werden. Störelemente soll das gesunde „gesamtgesellschaftliche Bewußtsein“ automatisch als gemeinschaftsfeindlich („zersetzend“) aussondern. Der Mensch wird zum marktwirtschaftlichen Manipulationsobjekt nicht nur in seiner sozialen, sondern auch in seiner bewußtseinsmäßigen Existenz. Humanismus, Demokratie, der soziale und liberale Gedanke hätten in dieser betriebsmäßig disziplinierten Gesellschaft, in der die Struktur der einstigen „Deutschen Arbeitsfront“ unter dem Namen „weiterentwickelte Demokratie“ zum durchgängigen Organisationsprinzip geworden wäre, keinen Platz mehr. (Es drängt sich nachgerade von selbst die Frage auf, ob dieser Verwirtschaftung der Demokratie überhaupt noch auf andere Art als durch die Demokratisierung der Wirtschaft, wie sie der DGB in seinem neuen Aktionsprogramm fordert, Einhalt zu gebieten sein wird.)

Der Weg in die Formierte Gesellschaft wird von den Konzernen und der CDU eingeleitet mit konzentrierten Angriffen auf diejenigen Gruppen, die der Verwirklichung des konzerneigenen Gesellschaftsbetriebes als erste im Wege stehen: die Gewerkschaften und die Intellektuellen. In den Neben- und Untertönen schwingen die Angriffe der nächstfolgenden Phase aber schon mit: erste diskriminierende Urteile über die mittelständischen und liberalen Gruppen und die den Konzernen nicht bootmäßigen Wirtschaftszweige. Gesetzmäßig erweitert sich bei einem derartigen Formierungsvorhaben das Feindbild mehr und mehr, bis es schließlich die ganze Gesellschaft umfaßt. Dann allerdings sind diejenigen, die es eingeleitet und klug Stück um Stück ausgedehnt haben, auch im Besitz aller Machtmittel.

Es wäre deshalb gut, der Taktik des schrittweisen Vorgehens nicht zuzusehen. Der Formierungsplan liegt auf dem Tisch, er bedroht die Gewerkschaften und die gesamte demokratische Öffentlichkeit, die Verbände und alle Parteien, die sich der pluralistischen Demokratie verbunden wissen, gleichermaßen. Ein Anlaß, um zur gemeinsamen Aufdeckung des Formierungsvorhabens und vor allem zur Unterrichtung der Öffentlichkeit überzugehen.

Anmerkungen

1) Ludwig Erhard, Programm für Deutschland, Referat auf dem 13. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, am Mittwoch, dem 31. März 1965, in Düsseldorf.

2) Ludwig Erhard, Der Weg in die Formierte Gesellschaft, Aufsatz in „Ecopa“ Nr. 8 (August 1965), wiedergegeben in ‚Bulletin‘ der Bundesregierung am 28. 7. 1965.

3) Rüdiger Altmann, Das Erbe Adenauers, zitiert nach Kindler-Taschenbuch (München 1963), 5. 138.

4) S. „Gesellschaftspolitische Kommentare“ Nr. 10/65, 5. 110; Nr. 11/65, 5. 123; Nr. 13 bis 14/65, 5. 148

5) These 3 wurde hier übergangen, da sie nichts anderes enthält als eine prophylaktische Verwahrung gegen den Vorwurf des Perfektionismus. Auch die Konzeption der Formierten Gesellschaft, wird versichert, habe „den Charakter menschlicher Endlichkeit und damit auch Unvollkommenheit“. Sie setze sogar „wirklichkeitszugewandt die Unvollkommenheit bzw. Sündhaftigkeit alles Menschlichen voraus ...

6) Ludwig Erhard, Die ‚Formierte Gesellschaft‘ weist in die Zukunft, Interview mit dem ‚Generalanzeiger für Bonn und Umgebung‘, zitiert nach ‚Bulletin‘ der Bundesregierung vom 2. 6. 1965.

7) Im Arbeitskreis VI (Der Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft) wurde ausgeführt: „Das Verhalten des Unternehmers, seine Ausstrahlung wird zurückgespiegelt von 20 Mio. Arbeitnehmern, mit denen er als Leiter der Unternehmen in täglicher Arbeit konfrontiert wird. Diese 20 Mio. Arbeiter, in denen sich maßgeblich die öffentliche Meinung niederschlägt, unterliegen aber nicht nur dieser vom Unternehmer selbst ausgehenden Strahlung, ihr vielleicht am wenigsten, sondern darüber hinaus der vorzugsweise negativen Beeinflussung durch die öffentlichen Medien Presse, Literatur, Politik; und schließlich der aus eigener Bewußtseinswerdung sich ergebenden Haltung und Entscheidung. Die negative Einstellung einer um Macht kämpfenden intellektuellen Schicht - nicht nur hier in Deutschland - beruht auf einer sich verführerisch gebenden Gesinnungstechnik; doch ist diese Gesinnung, die zum Teil in der Tradition des Humanismus, zum Teil des Materialismus bzw. Marxismus wurzelt, in keiner Weise durch die Verpflichtung zur Verantwortung gebändigt oder gelenkt. Der Intellektuelle kommt vom Rationalen her, die Sphäre der Wirtschaft ist in hohem Maße irrational. Das Unwägbare, das nicht zu Berechnende bestimmt die Beziehungen zwischen den Menschen. Der Herrschaft der Intellektuellen, ihrer häufig unheilvollen Herrschaft, kann nur begegnet werden, wenn wir in unserer

modernen Welt wieder die Kraft zum Ideal aufbringen." (Aus dem Referat von Albrecht Pickert „Der Unternehmer und sein Mitarbeiter", zitiert nach den Presseunterlagen des Wirtschaftstages.)

8) „Gesellschaftspolitische Kommentare" Nr. 10/65 (15. Mai 65), Bericht von Leo Schütze und Werner Riek über ein Referat Rüdiger Altmanns am 1.12. Mai vor der Christlich- Sozialen Kollegenschaft.

9) Wie sehr der Wirtschaftstag der CDU/CSU, der ein so lautes Ja zur Formierten Gesellschaft vernehmen ließ, in Wahrheit ein reiner Konzerntag war, ging unter anderem aus der Rigorosität hervor, mit der alle anderen Wirtschaftszweige zur Subordination unter die Interessen der exportorientierten Investitionsgüterindustrie aufgefordert wurden. Für die Tonart ein Beispiel aus dem Referat von Fritz Dietz, dem Präsidenten des Gesamtverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels: „Wenn es sich nicht gerade um Rohstoffe und um Halbwaren handelt, die keiner inländischen Konkurrenz begegnen, wird die Einfuhr mehr oder weniger als notwendiges Übel empfunden, vor allem von der jeweils produzierenden Wirtschaft. Diese Mentalität, die in der Bundesrepublik zwar in weiten Bereichen als überwunden angesehen werden kann, die aber in wichtigen Teil bereichen, z. B. auf dem gesamten Agrarsektor und Teilen des gewerblichen Sektors noch vorherrscht, muß überwunden werden, weil sie anachronistisch ist. Sie paßt nicht in eine Ära, deren Ziele auf eine Expansion des Welthandels und der wirtschaftlichen Integration ausgerichtet sind ... Ich denke dabei ... vor allem auch an den gesunden Einfluß, den die Einfuhren auf die eigene Wirtschaft, deren Strukturwandel, Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit wie überhaupt auf das gesellschaftspolitische Gefüge ausüben."

10) Dr. Josef Hermann Unland, Der Erhard-Plan für Gemeinschaftsaufgaben, Kommentar zum Deutschen Gemeinschaftswerk, in: Deutsches Gemeinschaftswerk, Der Erhard- Plan für Gemeinschaftsaufgaben; ohne Verlagsangabe, Hrsg. vermutlich CDU-Bundes- geschäftsstelle.

11) ‚Spiegel' Nr. 38/64 vom 16. 9. 1964.

12) Aus dem Referat von Albrecht Pickert vor dem Arbeitskreis „Der Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft".

18) Referat Pickert (s. **0.**); es sei vielleicht hinzugefügt, daß sich außer Pickert zahlreiche andere Referenten ebenfalls mit der künftigen Rolle des Unternehmers in der Gesellschaft befaßten und der Tenor durchgängig abgestimmt war auf die Herausstellung des Unternehmers als Vorbild und Führer. Dr. Dr. Ernst Schneider, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages: wenn es heute eine Banalität geworden ist, daß

unsere Gesellschaft von der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft abhängt, dann heißt das doch: sie hängt von den Unternehmern ab ... die Gesellschaft, in der wir leben, ist von den Unternehmern geprägt worden ... Wir Unternehmer, die wir als Einzelne Verantwortung und Risiko tragen müssen, sehen die(se) Gefahr einer Verformung der Gesellschaft klarer und schärfer als andere ... Die innere Politik insgesamt muß in viel höherem Maß sich ihrer Verantwortung gegenüber der unternehmerischen Wirtschaft bewußt werden!"

14) Bankier Dr. h. c. Alwin Münchmeyer, Hamburg, Präsident der Ständigen Konferenz der Industrie- und Handelskammern der EWG-Länder in seinem Referat vor dem Arbeitskreis II (Außenhandel und Außenpolitik).

15) Erhard in seinem Düsseldorfer Referat (s. 1): „Unsere vordringliche Aufgabe wird es also sein, die Sozialpolitik von überflüssigem Gestrüpp zu befreien ...

16) Dipl.-Kfm. Ernst Bockolt, Bonn, Das Deutsche Gemeinschaftswerk als Finanzierungsinstrument der Gemeinschaftsaufgaben, in: „Gesellschaftspolitische Kommentare" Nr. 12/65.

17) Erhard am 20. 4. 65 in einem dpa-Interview (zitiert nach ‚Bulletin' der Bundesregierung vom 21.

4. 65): „Das Gemeinschaftswerk wird dazu beitragen, die für die Entfaltung unserer Gesellschaft angemessenen Rahmenbedingungen zu schaffen und die Entwicklung zu einer sozial stabilen und wirtschaftlich dynamischen ‚Formierten Gesellschaft‘ zu beschleunigen.“

18) Ludwig Erhard, Um ein geschichtliches Selbstbewußtsein, Rede vor der öffentlichen Vollversammlung des Industrie- und Handelstages am 6. Mai 1965 in Hamburg, wiedergegeben im ‚Bulletin‘ der Bundesregierung vom 19. Mai 1965.

19) Eric Voegelin, Die dritte Phase der Industriegesellschaft, in: „Gesellschaftspolitische Kommentare“ Nr. 11/65 vom 1. Juni 1965.

20) Der ebenso bemerkenswerte wie erschütternde Extrakt dieser Rede ist, daß Erhard - 2 Tage vor dem 8. Mai 1965 und unter ausdrücklicher Bezugnahme auf dieses Datum - die deutsche Geschichte bis zum Jahr 1871 zurückverfolgt und die Fehler der deutschen Politik in einer ungenügenden Stabilisierung der inneren Verhältnisse entdeckt. Die Ziele, auf die das Deutschland der ersten Jahrhunderthälfte ausging, unterliegen keiner Kritik.

21) Goetz Briefs, Der Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft, in: „Gesellschaftspolitische Kommentare“ Nr. 15/65 vom 1. 8. 65.

22) Rüdiger Altmann, Das Erbe Adenauers (s. 3), 5. 136 ff.

23) Ludwig Erhard, Die Marktordnung, in: Die Führung des Betriebes, Festschrift zum 60. Geburtstag von Wilhelm Kalveram, Berlin, Wien 1942.

24) Ludwig Erhard, Nationalwirtschaft, in: Die deutsche Fertigware, 1933, Heft 2, Teil A

25) 5. Referat von Dr. Kurt Pentzlin „Die Gestaltung der Umwelt - Aufgabe der Gesellschaftspolitik“ vor dem Arbeitskreis IV (zitiert nach dem Pressematerial des Wirtschaftstages der CDU/CSU).

Reinhard O p i t z ist 1934 in Beuthen/OS geboren. Er studierte in Berlin und Tübingen Germanistik und Philosophie und lebt als freier Publizist in Köln.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. Jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D.. Bamberg; Prof. Gerhard Goliwitzer. Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugensteln. Köln; Prot. Dr. Jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschnig. Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. Jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl. München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugensteln Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

LUDWIG ERHARD

WOHLSTAND FÜR ALLE

BEARBEITET VON

WOLFRAM LANGER

ECON-VERLAG DÜSSELDORF 1957

1. Kapitel

DER ROTE FADEN

Geraume Zeit, bevor ich das Wirtschaftsressort in der ersten westdeutschen Bundesregierung übernahm, legte ich auf dem CDU-Parteitag der britischen Zone Ende August 1948 in Recklinghausen dar, daß ich es für abwegig halte und mich deshalb auch *weigere, die hergebrachten Vorstellungen der früheren Einkommensgliederung neu aufleben* zu lassen. So wollte ich jeden Zweifel beseitigt wissen, daß ich die Verwirklichung einer Wirtschaftsverfassung anstrebe, die immer weitere und *breitere Schichten* unseres Volkes *zu Wohlstand zu führen vermag*. Am Ausgangspunkt stand da der Wunsch, über eine breitgeschichtete Massenkaufkraft die *alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden*.

Diese überkommene Hierarchie war auf der einen Seite durch eine dünne Oberschicht, welche sich jeden Konsum leisten konnte, wie andererseits durch eine quantitativ sehr breite Unterschicht mit unzureichender Kaufkraft gekennzeichnet. Die Neugestaltung unserer Wirtschaftsordnung mußte also die Voraussetzung dafür schaffen, daß dieser einer fortschrittlichen Entwicklung entgegenstehende Zustand und damit zugleich auch *endlich das Ressentiment zwischen „arm“ und „reich“ überwunden* werden konnten. Ich habe keinerlei Anlaß, weder die materielle noch die sittliche Grundlage meiner Bemühungen mittlerweile zu verleugnen. Sie *bestimmt heute wie damals mein Denken und Handeln*.

Das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstands ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, daß der wirtschaftliche Fortschritt allen Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommt, und daß alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung kommen.

Auf dem Wege über den Wettbewerb wird - im besten Sinne des Worts - *eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt* und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wachgehalten. Immanenter Bestandteil der Überzeugung, auf solche Art den Wohlstand am besten mehren zu können, ist das Verlangen, allen arbeitenden Menschen nach Maßgabe der fortschreitenden Produktivität auch einen ständig wachsenden Lohn zukommen zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wichtige Voraussetzungen erfüllt werden.

Wir dürfen über dem sich ausweitenden Konsum *die Mehrung der Produktivität der Wirtschaft nicht vergessen*. Dabei lag am Anfang dieser Wirtschaftspolitik das Schwergewicht auf der Expansion der Wirtschaft, um zunächst einmal das Güterangebot überhaupt zu steigern und auch auf diesem Wege dem Wettbewerb laufend Auftrieb zu geben. Vor allem galt es, der wachsenden Zahl von Arbeitsuchenden Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Konjunkturzyklus überwunden

Diese zwingenden Notwendigkeiten verlangen aber auch danach, das alte und bisher für unumstößlich gehaltene *Gesetz von dem konjunkturzyklischen Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens zu überwinden*. Man glaubte bekanntlich, daß sich die Wirtschaft in rhythmischen Wellen fortentwickle. Sieben Jahre sollten dabei etwa den Zeitabschnitt darstellen, in dem sich Aufschwung, Hochkonjunktur, Niedergang und Krise vollenden, bis sich aus ihr wieder die heilenden Kräfte zum positiven Ansatz für den nächsten Zyklus entzünden. In den nun fast neun Jahren aber, in denen ich die Verantwortung für die deutsche Wirtschaftspolitik trage, ist es immerhin gelungen, diesen *starren Rhythmus zu sprengen* und über einen kontinuierlichen Aufstieg der Wirtschaft die Koppelung von voller Beschäftigung und Mengenkonjunktur zu erreichen.

In Anbetracht dieser Entwicklung sind wohl auch mein Streben und meine Hoffnung verständlich, daß es der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftstheorie gelingen möge, zur Bewältigung dieses Problems systematische Lösungen zu finden. Alle dahin zielenden Bemühungen werden allerdings nur von Erfolg gekrönt sein können, wenn und so lange der Wettbewerb nicht durch künstliche oder rechtliche Manipulationen behindert oder gar ausgeschaltet wird.

Die Gefahr einer Beeinträchtigung des Wettbewerbs droht sozusagen ständig und von den verschiedensten Seiten her. Es ist darum eine der wichtigsten Aufgaben des auf einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung beruhenden Staates, die Erhaltung des freien Wettbewerbs sicher zustellen. Es bedeutet wirklich keine Übertreibung, wenn ich behaupte, daß ein auf Verbot gegründetes Kartellgesetz als das unentbehrliche *„wirtschaftliche Grundgesetz“* zu gelten hat. Versagt der Staat auf diesem Felde, dann ist es auch bald um die *„Soziale Marktwirtschaft“* geschehen. Dieses hier verkündete Prinzip zwingt dazu, keinem Staatsbürger die Macht einzuräumen, die individuelle Freiheit unterdrücken oder sie namens einer falsch verstandenen Freiheit einschränken zu dürfen. *„Wohlstand für alle“* und *Wohlstand durch Wettbewerb“* gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt.

Diese wenigen Andeutungen zeigen bereits den fundamentalen Unterschied zwischen der sozialen Marktwirtschaft und der liberalistischen Wirtschaft alter Prägung. Unternehmer, die unter Hinweis auf neuzeitliche wirtschaftliche Entwicklungstendenzen Kartelle fordern zu können glauben, stellen sich mit jenen Sozialdemokraten auf eine geistige Ebene, die aus der Automation auf die Notwendigkeit einer staatlichen Planwirtschaft schließen.

Diese Überlegung macht wohl auch deutlich, wie ungleich nützlicher es mir erscheint, die

Wohlstandsmehrung durch die Expansion zu vollziehen als Wohlstand aus einem unfruchtbaren Streit über eine andere Verteilung des Sozialproduktes erhoffen zu wollen.

Damit soll keineswegs behauptet werden, daß die jetzige Verteilung des Sozialprodukts etwa die einzig richtige und auf ewig gültige sei. Ein Zahlenbeispiel mag jedoch kurz erläutern, was hier gemeint ist: Zwischen 1949, - dem Jahr, in welchem sich die Bundesregierung der Politik der sozialen Marktwirtschaft verpflichtete -, und 1955 gelang es, das Bruttosozialprodukt (zur Ausklammerung aller Preisveränderungen in Preisen von 1936 ausgedrückt) von 47 Mrd. DM auf 85,8 Mrd. DM zu erhöhen, wobei für 1956 noch einmal eine Steigerung um real 7 bis 8% zu registrieren ist.

Bruttosozialprodukt 1936 bis 1955

in Preisen von 1936 ausgedrückt

in Mrd. DM

1936	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
47,9	47,1	54,8	62,7	66,7	71,6	77,5	85,8	92*

Quelle: statistischem Bundesamt /* 1958: geschätzt

Dieser Hinweis auf den unbestreitbaren Erfolg dieser Politik lehrt, wie ungleich sinnvoller es ist, alle einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden *Energien auf die Mehrung des Ertrages der Volkswirtschaft* zu richten als sich *in Kämpfen um die Distribution des Ertrages zu zermürben* und sich dadurch von dem allein fruchtbaren Weg der Steigerung des Sozialproduktes abdrängen zu lassen. Es ist sehr viel leichter, jedem einzelnen aus einem immer größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren, als einen Gewinn aus einer Auseinandersetzung um die Verteilung eines kleinen Kuchens ziehen zu wollen, weil auf solche Weise jeder Vorteil mit einem Nachteil bezahlt werden muß.

Wettbewerb contra Egoismus

Man mag mich manches Mal gescholten haben, weil mir für diese sterile Denkweise jedes Verständnis fehlte. Der Erfolg hat mir recht gegeben. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat dahin geführt, daß der Ertrag, den alle aus der Wirtschaft ziehen, ohne jede Unterbrechung von Jahr zu Jahr angestiegen ist. Der private Verbrauch z. B. erhöhte sich von 1950 bis 1955 - wohlgermerkt wieder in Preisen von 1936 ausgedrückt - von 29 auf 51 Mrd. DM. Diese beachtliche Steigerung steht im internationalen Vergleich mit an erster Stelle. Nach Ermittlungen der OEEC stieg der Index des privaten Verbrauchs - preisbereinigt - je Kopf der Bevölkerung (1952 = 100) in Westdeutschland von 77 im Jahre 1949 auf 126 im Jahre 1955; in diesem Zeitraum erhöhte sich die Indexzahl in den USA von 96 auf 107, in Großbritannien von 100 auf 110; in Schweden von 96 auf 110; in Frankreich von 88 auf 113. Auch wenn man die Vorkriegszeit als Basis wählt, übersteigt die westdeutsche Entwicklung diejenige des Durchschnitts aller OEEC Länder bei weitem. *Selbst die revolutionärste Umgestaltung unserer Gesellschaftsordnung hätte es niemals vermocht, den privaten Verbrauch dieser oder jener Gruppe auch nur um Bruchteile der tatsächlich erreichten Steigerung zu erhöhen*, denn gerade ein solcher Versuch hätte zu einer Lähmung und Stagnation der Volkswirtschaft ge-

führt.

Diese Skepsis gegenüber allen Streitigkeiten über die „gerechte“ Verteilung des Sozialprodukts erwächst auch aus der Überzeugung, daß so begründete Lohnkämpfe in enger geistiger Nachbarschaft zu vielfältigen Bemühungen auch anderer Interessenten, ja ganzer Volksteile stehen, sich *auf Kosten Anderer Vorteile verschaffen zu wollen*. Dabei wird in leichtfertiger Weise verkannt, daß jedes geforderte Mehr immer eine größere Leistung voraussetzt. Ein derartiges geradezu kindisch zu nennendes Verhalten *gefährdet* in illusionistischer Verblendung zuletzt sogar *die Grundlagen unseres Fortschritts*. Auch hier ist vor allem die Bejahung des Wettbewerbs geeignet, dem Egoismus einen Riegel vorzuschieben. So wie es in einer gesunden Wettbewerbswirtschaft dem einzelnen nicht erlaubt ist, Sonder-vorteile für sich zu beanspruchen, so ist diese Art der Bereicherung auch ganzen Gruppen zu versagen.

Mein ständiges Drängen, alle Anstrengungen auf eine Expansion ohne Gefährdung der gesunden Grundlage unserer Wirtschaft und Währung zu richten, gründet sich gerade auf die Überzeugung, daß es mir auf solche Weise möglich sein kann, all denen, die ohne eigenes Verschulden wegen Alter, Krankheit oder als Opfer zweier Weltkriege nicht mehr unmittelbar am Produktionsprozeß teilhaben können, *einen angemessenen, würdigen Lebensstandard* zu garantieren.

Das Anwachsen der Sozialleistungen in den letzten Jahren erweist die Richtigkeit dieser These. Die Steigerung der öffentlichen Sozialleistungen in der Bundesrepublik von 9,6 Mrd. DM im Jahre 1949 auf fast 21 Mrd. DM im Jahre 1955 war, wie auch die neue Rentenreform, *nur über den wirtschaftlichen Fortschritt zu bewerkstelligen*. Nur die Expansion hat es ermöglicht, auch die Armen mehr und mehr an der Wohlstandssteigerung teilhaben zu lassen. Wenn, wie gesagt, die Bundesregierung jetzt sogar eine weitere und wesentliche Erhöhung der Sozialleistungen gewähren kann, dann ist sie dazu nur deshalb in der Lage, weil die Wirtschaftspolitik auch für die Zukunft eine Steigerung unseres Sozialproduktes erwarten läßt.

Der Schlüssel zur Steuersenkung

Diese Bejahung einer Expansionspolitik wird auch noch unter anderen Gesichtspunkten zu einem zwingenden Gebot. Der realpolitische Betrachter wird akzeptieren müssen, daß der moderne Staat heute Riesenaufgaben zu bewältigen hat. Wenn sicher auch alles getan werden sollte, um *eine Einschränkung artfremder Staatsfunktionen zu erreichen* - mit dem konsequenten Abbau von Bewirtschaftungs- und Preisvorschriften habe ich meinen Beitrag hier zu geleistet -, so wird man sich doch damit abfinden müssen, daß in der Mitte des 20. Jahrhunderts eine wesentliche Entlastung des Staates nicht sehr wahrscheinlich ist. Andererseits aber wird man das sehr berechtigte Anliegen aller Staatsbürger wie auch der Wirtschaft anerkennen wollen, dennoch *zu einer Senkung der steuerlichen Belastung zu gelangen*.

Dieses Ziel kann aber auch nur erreicht werden, wenn wir die Staatsausgaben wenigstens auf der gegenwärtigen ja keineswegs unbeträchtlichen Höhe zu halten vermögen. Wenn nur dieses gelingt, dann wird in Zukunft die steuerliche Entlastung des Staatsbürgers und der Wirtschaft bei einer weiteren Steigerung des Sozialproduktes gleichwohl als Befreiung spürbar werden. Es eröffnen sich hoffnungsvolle Aspekte! Man bedenke doch nur, wie wesentlich geringer die steuerliche Belastung in zehn Jahren sein kann, wenn wir dann ein Sozialprodukt von mehr als 250 Mrd. DM gegenüber 90 Mrd. DM im Jahre 1949 und etwa 180 Mrd. DM im Jahre 1956 erreicht haben werden. [72a]

Dieser Ausblick mag durch nüchterne Tatsachen der jüngsten Vergangenheit belegt werden. Niemand wird behaupten mögen, daß die steuerliche Individualbelastung seit 1949 relativ gestiegen ist. Trotzdem erhöhten sich die Einnahmen der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden) von 23,7 Mrd. DM im Jahre 1949 auf 54,45 Mrd. DM im Rechnungsjahr 1955/56. Diese Steigerung beruht ausschließlich auf der rasanten Erhöhung unseres Sozialproduktes.

Wenn der *von mir geforderte Ausgabenstopp durchgesetzt* und die Entwicklung des Sozialproduktes in ähnlicher Weise fortschreiten würde, dann ist leicht einzusehen und auszurechnen, *welche Senkung der steuerlichen Belastung vorgenommen werden könnte*. Nur auf diese Weise auch ist eine echte und wirklichkeitsnahe Lösung des uns alle bedrückenden Steuerproblems denkbar.

Mit dieser allgemeinen Wohlstandssteigerung leistet die Wirtschaftspolitik einen gewiß wertvollen *Beitrag zu der Demokratisierung Westdeutschlands*. Der deutsche Wähler hat anlässlich der beiden Bundestagswahlen diese sehr betonte Absage an den Klassenkampf in überzeugender Weise honoriert.

Wenn sich somit als *roter Faden* durch jahrelange Bemühungen *der Wunsch nach einer Steigerung des allgemeinen Wohlstands* und als einzig möglicher Weg zu diesem Ziel der konsequente Ausbau der Wettbewerbswirtschaft zieht, dann schließt diese Wirtschaftspolitik auch *eine Erweiterung des Katalogs der traditionellen menschlichen Grundfreiheiten* ein.

Die wirtschaftlichen Grundrechte

Hierbei ist zuvorderst an die Freiheit jedes Staatsbürgers gedacht, das zu konsumieren, sein Leben so zu gestalten, wie dies im Rahmen der finanziellen Verfügbarkeiten den persönlichen Wünschen und Vorstellungen des einzelnen entspricht. Dieses demokratische Grundrecht der Konsumfreiheit muß seine logische Ergänzung *in der Freiheit des Unternehmers finden*, das zu produzieren oder zu vertreiben, was er aus den Gegebenheiten des Marktes, d. h. aus den Äußerungen der Bedürfnisse aller Individuen als notwendig und erfolgversprechend erachtet. Konsumfreiheit und die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung müssen in dem Bewußtsein jedes Staatsbürgers als *unantastbare Grundrechte* empfunden werden. Gegen sie zu verstoßen, sollte als ein Attentat auf unsere Gesellschaftsordnung geahndet werden. Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen, wie Diktatur und Staatswirtschaft.

Die Verwirklichung des Gedankens der Wohlstandsmehrung zwingt zum Verzicht auf jede unredliche Politik, die dem nur optischen Scheinerfolg den Vorzug vor dem echten Fortschritt gibt. Wem dieses Anliegen ernst ist, muß bereit sein, sich jedweden Angriffen auf die Stabilität unserer Währung energisch zu widersetzen. Die *soziale Marktwirtschaft ist ohne eine konsequente Politik der Währungsstabilität nicht denkbar*. Nur diese Politik gewährleistet auch, daß sich nicht einzelne Bevölkerungskreise zu Lasten anderer bereichern.

Solche Versuche haben gerade in jüngster Vergangenheit vielfache Ausprägungen erfahren. Hier seien z. B. die Vereinbarungen der Sozialpartner erwähnt, deren Effekt bereits dahin geführt hat, daß Lohnerhöhungen den Produktivitätsfortschritt übersprungen haben und damit gegen den Grundsatz der Preisstabilität verstoßen. Der gleiche Vorwurf trifft die Unternehmer, wenn sie aus solchem Anlaß oder aus Eigennutz in höhere Preise glauben ausweichen zu können. Die Schuld würde sogar zum Fluch werden, wenn da jemand eine bewußt inflatio-

näre Entwicklung fördern wollte, um auf solche Weise zu leichter Rückzahlung aufgenommener Kredite befähigt zu werden. Es liegt mir fern, einen solchen Verdacht zu äußern, um so mehr als wohl niemand daran zweifeln kann, daß bereits ein solcher Versuch zur politischen Katastrophe führen müßte.

Die Gewerkschaften sollten sich deshalb auch fragen, ob sie mit ihrer aktiven Lohnpolitik nicht die Geschäfte verantwortungsloser Spekulanten besorgen, wenn jene zu Preissteigerungen führen muß. Die *Reaktion des deutschen Volkes* selbst auf die geringen Preiserhöhungen der jüngsten Vergangenheit haben sofort einen deutlichen Rückgang der Sparrate von beispielsweise einem Einzahlungsüberschuß von 188,1 Mill. DM im Juli 1955 zu einem Auszahlungsüberschuß von 109 Mill. DM im Juli 1956 ausgelöst. Diese bedenkliche Entwicklung konnte erst durch energische Maßnahmen der Bundesregierung gewendet werden.

Es sind aber nicht nur ökonomische, sondern auch soziologische und politische Gefahren, die uns von einer solchen Fehlentwicklung her bedrohen müßten. Solche Gedanken konsequent zu Ende gedacht, sollten uns veranlassen, *die Währungsstabilität in die Reihe der menschlichen Grundrechte* aufzunehmen, auf deren Wahrung durch den Staat jeder Staatsbürger Anspruch hat.

Kostspielige Pyrrhussiege

Diese Prinzipien sind indessen nur dann zu verwirklichen, wenn die öffentliche Meinung entschlossen ist, ihnen den Vorrang vor allen egoistischen Sonderinteressen einzuräumen. Es bedarf keiner weiteren Beweise, um zu erkennen, wie sehr *die Demokratie durch das Ausspielen und Durchsetzen von Machtpositionen gefährdet ist*. Man braucht noch nicht einmal Pessimist zu sein, um zu der Feststellung gelangen zu müssen, daß viele Demokratien sich insoweit *in einer ernstesten Krise* befinden. Das Problem der Einordnung der organisierten Gruppeninteressen in das Gesamtgefüge von Volk und Staat ist jedenfalls noch lange nicht befriedigend gelöst. Diese also noch nicht bewältigte Aufgabe verleitete in jüngster Zeit in wachsender Zahl immer mehr Gruppen dazu, der Volkswirtschaft im ganzen mehr abzuverlangen als diese zu leisten und zu geben vermag. Alle so erzielten Erfolge erweisen sich schon heute *dem Wissen den als Pyrrhussiege*. Jeder einzelne Staatsbürger bezahlt sie in Form leicht ansteigender Preise täglich und stündlich buchstäblich in Mark und Pfennig.

Es ist kein Trost, sondern mehr eine Schande, daß diese fragwürdigen Erfolge zum größten Teil auf Kosten jener Bevölkerungsschichten erzielt werden, die aus soziologischen Gründen nicht in der Lage sind, ihren Standpunkt in ähnlich massiver Weise durchzusetzen. Die jüngsten Preissteigerungen sind nahezu ausschließlich darauf zurückzuführen, daß man allenthalben wider besseres Wissen handelte und alle Mahnungen und Beschwörungen, Maß zu halten, mißachtet wurden.

Es ist hohe Zeit, sich im Hinblick auf eine gesicherte Zukunft unseres jungen demokratischen Staates wieder *auf den Pfad der Tugend zurückzugeben*. In dieser Forderung verschmelzen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu einer Einheit. In der Mitte des 20. Jahrhunderts ist *das Gedeihen der Wirtschaft auf das engste mit dem Schicksal des Staates verwoben*, wie umgekehrt die Anerkennung jeder Regierung und des Staates von dem Erfolg oder Mißerfolg der Wirtschaftspolitik unmittelbar berührt wird. Diese Interdependenz von Politik und Wirtschaft verbietet es in „Kästchen“ zu denken. So wie sich der Wirtschaftspolitiker dem Leben des

demokratischen Staates verpflichtet fühlen muß, hat umgekehrt auch der Politiker die überragende Bedeutung des wirtschaftlichen Seins der Völker anzuerkennen und dementsprechend zu handeln.

Die in der Bundesrepublik praktizierte soziale Marktwirtschaft hat Anspruch darauf, von den Politikern als mitbestimmender und mitgestaltender Faktor bei dem Aufbau unseres demokratischen Staates anerkannt zu werden; diese Wirtschaftspolitik hat in kürzester Frist eine geschichtlich einmalige Wiederaufbauarbeit zu vollbringen vermocht. Es ist ihr nicht nur gelungen, einer um ein Viertel vermehrten Bevölkerung *Arbeit und Brot zu geben*, sondern diese Menschen auch *über das Wohlstandsniveau der besten Vorkriegsjahre hinauszuführen*. Die soziale Marktwirtschaft ist den harten aber redlichen Weg des Wiederaufbaues gegangen - aber gerade damit hat sie *das Vertrauen der Welt zurückgewonnen*.

2. Kapitel

Die Geburt der Marktwirtschaft

Was stand am Anfang, als ich am 2. März 1948 im Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft gewählt wurde? Diese Epoche vor der Währungsreform habe ich später einmal - am 31. Mai 1954 in Antwerpen - charakterisiert:

„Das war die Zeit, in der die meisten Menschen es nicht glauben wollten, daß dieses Experiment der *Währungs- und Wirtschaftsreform* gelingen könnte. Es war die Zeit, in welcher man in Deutschland errechnete, daß auf jeden Deutschen nur alle fünf Jahre ein Teller komme, alle zwölf Jahre ein Paar Schuhe, nur *alle fünfzig Jahre ein Anzug*, daß nur jeder fünfte Säugling in eigenen Windeln liegen könnte, und jeder dritte Deutsche die Chance hätte, in seinem eigenen Sarge beerdigt zu werden. Das schien auch tatsächlich die einzige Chance gewesen zu sein, die uns noch winkte. Es zeugte von dem grenzenlosen Illusionismus und der Verblendung planwirtschaftlichen Denkens, wenn man von Rohstoffbilanzen oder anderen statistischen Grundlagen her glaubte, das Schicksal eines Volkes für lange Zeit vorausbestimmen zu können. *Diese Mechanisten und Dirigisten* hatten nicht die geringste Vorstellung von der sich entzündenden dynamischen Kraft, sobald sich ein Volk nur wieder des Wertes und der Würde der Freiheit bewußt werden darf.“

Es würde die Laune des Lesers verderben, wollte man heute ein minutiöses Bild jener Tage der Währungsreform zu rekonstruieren versuchen. Nur einige Angaben seien deshalb zur Verdeutlichung der Ausgangslage skizziert:

Der erste Industrieplan, der auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945 erarbeitet wurde, wollte die deutsche Industriekapazität auf einem Niveau von 50 bis 55% des Standes von 1938 oder auf ca. 65% desjenigen von 1936 binden, wobei eine Wertung dieses Planes noch in Rechnung zu stellen hätte, daß die Bevölkerungszahl infolge des Flüchtlingsstromes zwischenzeitlich erheblich angestiegen war. Diese Absicht scheiterte zunächst allein an der Unmöglichkeit, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands herzustellen.

Im zweiten Industrieplan, den die Britisch-Amerikanische Militärregierung für ihre Zonen am

29. August 1947 verkündete, wurde der sogenannten Bizone im Grundsatz wohl die volle Kapazität des Jahres 1936 zugestanden, aber er war doch auch wieder mit mancherlei Einschränkungen im einzelnen belastet. Inzwischen waren aber die noch verfügbaren Kapazitäten auf etwa 60% von 1936 abgesunken.

((Ende Auszug vom Anfang, Seite 7 bis 19))

6. Kapitel

WIRTSCHAFTSMINISTER, NICHT INTERESSENVERTRETER (ab Seite 135)

Vor mir liegen Zeitungsausschnitte aus den ersten Jahren meiner Tätigkeit als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt und als Bundeswirtschaftsminister in Bonn. Wie hieß es doch damals: „Wirtschaftsminister - Feind der Verbraucher" - „Erhard - Minister der Schwerindustrie" - „Der Schutzpatron der Horter und Schieber" - so und ähnlich tönte es in allen möglichen Variationen.

Gewiß, diese Vorwürfe sind in ernst zu nehmenden Diskussionen längst verstummt, und selbst die böswilligsten meiner Gegner verzichten auf derartige Formulierungen, weil sie angesichts meiner jahrelangen Bemühungen, aber auch mancher Kämpfe mit den Vertretern großer Bereiche der deutschen Wirtschaft die Unglaubwürdigkeit derartiger Feststellungen einsehen müssen. Wie merkwürdig klingen solche Worte in meinem Ohr, wenn ich daran denke, daß ich gerade in den Monaten, da dieses Buch geplant wird, in ernstesten Auseinandersetzungen mit einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen stehe, um Preiserhöhungen abzuwehren.

Wie dem auch sei: Das mit jenen nur allzu durchsichtigen Angriffen angeschnittene Thema der Beziehung zwischen Wirtschaftsminister und Staatsbürger, das Verhältnis von staatlicher Wirtschaftsführung zur Wirtschaft selbst und vor allem auch die Frage der *Ein- und Zuordnung der Wirtschaft* zu allen sonstigen Bereichen des staatlichen Lebens und der *gesellschaftlichen Ordnung* schaffen derart interessante und bedeutsame Probleme, daß sie fast zwingend einer näheren Betrachtung unterzogen werden müssen. Dies gilt um so mehr, als die Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft auf jenen gleichen Maximen beruhen, die die moderne *soziale* und freiheitliche *Demokratie* tragen sollen.

An den Anfang dieser Betrachtung darf ich den von nur immer wieder ausgesprochenen Satz stellen: Maßstab und *Richter* über Gut und Böse der *Wirtschaftspolitik* sind nicht Dogmen oder Gruppenstandpunkte, sondern ist ausschließlich der Mensch, der *Verbraucher*, das Volk. Eine Wirtschaftspolitik ist nur dann und nur so lange für gut zu erachten, als sie den Menschen schlechthin zum Nutzen und Segen gereicht. [49]

Wer diesen Gedanken zu Ende führt, muß mit mir zu der Feststellung gelangen, daß es in jeder Volkswirtschaft wohl Gruppeninteressen gibt, daß diese aber nicht als Elemente der Wirtschaftspolitik anzuerkennen sind, und daß sich aus dem Widerstreit der Interessen auch keine fruchtbare Synthese ableiten läßt. Eine Atomisierung der Volkswirtschaft in Gruppeninteressen ist deshalb nicht zu dulden. Wir dürfen nicht den Weg der Auflösung beschreiten, uns nicht von jener allumfassenden wirklichen Ordnung der Wirtschaftsgesellschaft entfernen, die allein die Harmonie des sozialen Lebens eines Volkes zu verbürgen geeignet ist. Dieser Gefahr zu begegnen, muß daher unser aller ernstestes Anliegen sein. [23]

(Ende Seite 136)

(Anfang Seite 141)

Arbeitsteilung zwischen Staat und Wirtschaft

Es ist, so wiederhole ich also, nicht Aufgabe des Staates, unmittelbar in die Wirtschaft einzugreifen; jedenfalls nicht so lange, als die Wirtschaft selbst diesen Eingriff nicht herausfordert. Auch paßt es nicht in das Bild einer auf unternehmerischer Freizügigkeit beruhenden Wirtschaft, wenn sich der Staat selbst als Unternehmer betätigt. Eine solche Haltung hat naturgemäß insofern auch Konsequenzen für die Wirtschaft, als diese dann nicht den Staat zu ihrer Interessenvertretung anrufen darf. Hier gilt es, unzweideutig Standpunkt zu beziehen.

Man kann nicht auf der einen Seite dem Staat sagen, daß er sich wirtschaftlicher Tätigkeit enthalten möchte, dann aber, wenn es gerade paßt, die Hilfe des Staates anrufen. Es gibt schon eine Art *Arbeitsteilung* zwischen der Unternehmungswirtschaft mit dem Schwerpunkt in der betrieblichen Sphäre und der wirtschaftspolitischen Tätigkeit als Aufgabe der Regierung und insonderheit des Wirtschaftsministers. Manchmal habe ich den Eindruck, daß hinsichtlich jener Funktionen Verwechslungen Platz greifen oder doch Verwirrung und Unsicherheit bestehen. Verantwortlich für die Wirtschaftspolitik - ich wiederhole es - ist ausschließlich der Staat im Rahmen seiner demokratisch, parlamentarischen Zuständigkeiten und Rechte. Das Interesse der *Unternehmer* an der Wirtschaftspolitik ist zwar gewiß legitim und folglich auch ihr Anliegen auf Anhörung, aber sie haben nicht selbst und auch *nicht* in ihren Organen *Wirtschaftspolitik* zu treiben.

Wenn festgestellt werden darf, daß in der Bundesrepublik sowohl die liberalistische Wirtschaft der Vergangenheit als auch die staatliche Befehlswirtschaft als überwunden gelten können, ergibt sich daraus die Aufgabe, *das Neue* an dieser *unserer Wirtschaftspolitik* deutlich zu machen. Das Neue daran ist, daß der Staat heute nicht mehr den einzelnen Menschen ansprechen will, daß mithin der Wirtschaftsminister nicht mehr Befehle an die Unternehmer erteilt, daß er sie von Stempeln, Genehmigungen und Konzessionen und Lizenzen befreit. Er geht dabei von dem Grundsatz aus: Der Unternehmer soll ebenso wie der Arbeiter und jeder andere Staatsbürger im Bereich seines persönlichen Tuns und Lassens frei sein.

Natürlich bedeutet das nicht Hemmungslosigkeit und Zügellosigkeit. An Stelle des unmittelbaren Befehls durch den Staat oder - und diese zweite Feststellung ist ebenso bedeutsam wie die erste - anstatt des Verzichts auf jeglichen Eingriff ist die Wirtschaftspolitik heute von der Absicht getragen, die ihr an die Hand gegebenen Instrumente der Wirtschaftspolitik dazu zu benutzen, ständig neue Energien auszulösen, neue Chancen zu eröffnen, aber auch unfruchtbare Wege zu verbauen, - d. h. also mit der Auswahl und Kombination der Mittel die Wirtschaft vorwärts zu drängen zu neuem Fortschritt und weiterer Expansion. [49]

Umfangreiches Sündenregister

*Gewiß ist zuzugeben, daß zur Vollendung der von mir vorgestellten Ordnung noch vieles fehlen mag. Ich habe in diesem Zusammenhang selbst einmal von dem umfangreichen Sündenregister gesprochen, das die fehlgeleiteten und abseitigen Wünsche und Forderungen der deutschen Wirtschaft, aber auch die Mängel der Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne kennzeichnet. Ich sagte dabei, wir müssen zu der *betrüblchen Feststellung* gelangen, daß wir gar nicht so sehr viel Grund haben, auf die seither erzielten marktwirtschaftlichen Fortschritte stolz zu sein.*

Mit dem Kartellstreben der deutschen Industrie setze ich mich an anderer Stelle dieses Buches besonders auseinander. Daneben sind in gleichem Zusammenhang die verschiedenen Anliegen nach sogenannten Berufsordnungen zu erwähnen, die sich im Gesamtgefüge meiner Wirtschaftspolitik schädlich, wettbewerbshemmend und leistungsmindernd auswirken müssen. Auch die Bestrebungen, bestimmte Berufsbezeichnungen durch besondere Gesetze schützen zu wollen, gehören in diese Reihe, und ein hoher Rang in diesem Sündenregister gebührt auch dem Verlangen, die kollektiven Zwangsversicherungen auszudehnen. Es gehörte dazu die illusionäre Vorstellung, daß das wirtschaftliche Schicksal der einzelnen Wirtschafts- oder Berufsgruppen „paritätisch“ gestaltet oder besser konstruiert werden könnte; ich denke an die Forderung nach Gleitzöllen, welche die Konkurrenz von außen im eigenen Lande unwirksam machen sollen. Es kommen auch gewisse Bestrebungen hinzu, in der Liberalisierung unseres Außen handelsrecht vorsichtig oder - wie man zu sagen pflegt - verantwortungsbeußt zu sein (wobei man meint, so langsam und so zaghaft wie möglich voranzuschreiten). Die deutsche Öffentlichkeit kennt die Widerstände gegen einen entschlosseneren Zollabbau, die Einwände gegen mein Drängen nach endlicher Herstellung der freien Konvertierbarkeit. All diese Beispiele zeigen, *wieviel Schlacken* das marktwirtschaftliche, *freiheitliche System* noch *verunzieren*. [48]

Diese Hinweise dürften allerdings auch genügen, um deutlich zu machen, wie wenig uns bisher die *Einordnung der Gruppeninteressen* in den Staat gelungen ist. Wir haben hier eine letzte gültige Lösung im Tatsächlichen jedenfalls noch nicht gefunden, wobei es dahingestellt sein mag, ob es überhaupt jemals möglich sein wird, diese Einordnung in vollkommener Weise zu vollziehen.

Die verschiedenen Versuche von seiten der Gruppen, auf die Meinungsbildung der Parlamente und der Regierung Einfluß zu nehmen, sind schlechterdings nicht zu verkennen. Das ist nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt so. Es ist aber hohe Zeit, einzusehen, daß es sich bei diesem Problem um echte Krankheitserscheinungen oder zumindest um einen *Krisenherd unserer Zeit* handelt.

Dieses Miteinander-Ringen vollzieht sich in der Regel einerseits zwischen Gruppen, die im letzten Grunde Interessen vertreten, und den staatspolitischen Organen andererseits. Selbstverständlich kann die letzte Entscheidung nur bei diesen ruhen. Die Nahtstelle zwischen diesen beiden Räumen ist aber noch nicht so fest gesetzt, daß man mit gutem Gewissen von einer gewachsenen, in sich geschlossenen gesellschaftswirtschaftlichen bzw. staatspolitischen Ordnung sprechen könnte. [34]

Aus der von mir dargelegten wirtschaftspolitischen Ganzheitsschau bin ich der Meinung, daß wir wenigstens in der *Zeit des Wiederaufbaues* die *Pflicht* haben, alles *zurückzustellen*, was auch nur entfernt nach Schutz oder Begünstigung von irgendwelchen Gruppen aussieht. Wir müssen uns als eine Einheit fühlen und deshalb die Interessenstandpunkte zurückdrängen. Es ist gerade in jüngster Vergangenheit eine verdächtige und verderbliche Neigung wahrzunehmen, vornehmlich in Gruppenkategorien zu denken und für solche besondere Begünstigungen herauszuholen. Das ist das Übel, das ich zurückgedämmt sehen möchte. [44]

Gefährliche Sonderinteressen

Diese *Ablehnung der Gruppenanliegen* beruht auf meiner Überzeugung, daß es unter wirtschafts- und auch staatspolitischen Gesichtspunkten für den Staat schlechterdings nicht möglich ist, nach einem punktierten Vorgehen da und dort etwas mehr oder etwas weniger an Gaben und Gnaden auszuteilen. Bei einem derartigen Verfahren kommen der Staat und ins-



besondere der Wirtschaftsminister in eine fast *unhaltbare Situation*. Denn wo sind die Maßstäbe, nach denen jemand zu sagen vermöchte: Dieser und nicht jener Zweig, diese Gruppe oder dieser Berufsstand soll vom Staat nach dieser Richtung hin bevorzugt werden, andere aber sollen oder müssen aus - ja, aus welchen Gründen eigentlich! - dagegen zurückstehen. Ein so gestaltetes Verhalten ist *grundsätzlich falsch*.

Die Lösung kann niemals oder nur in den seltensten Fällen unmittelbar in einem gezielten Einsatz, sondern immer nur in der Bewältigung der gesamtwirtschaftlichen Aufgaben liegen, von deren erfolgreicher Meisterung letztlich alle profitieren. Wenn die Volkswirtschaft als Ganzes gedeiht - wobei ich die Volkswirtschaft als eine unteilbare Gesamtfunktion unseres gesellschaftswirtschaftlichen Lebens verstanden wissen möchte -, dann werden auch alle Zweige und Gruppen der Wirtschaft gedeihen.

Ich verschweige deshalb auch gar nicht, daß ich in den letzten Jahren, da ich die wirtschaftlichen Geschicke Westdeutschlands zu verantworten habe, niemals überlegte, was ich jetzt etwa für diesen Gewerbezug, für jenen Beruf oder Stand im besonderen tun müßte. Solche Überlegungen mögen zwar im Einzelfall gelegentlich anklingen und aus einer Sondersituation her-

aus auch einmal notwendig sein; gleichwohl aber habe ich grundsätzlich immer die gesamte Volkswirtschaft, das Wohlergehen des ganzen Volkes im Auge. Wenn wir in diesem weitgesteckten Rahmen zu Erfolgen gekommen sind und künftig noch weitere erringen werden, dann profitieren von diesem Fortschritt alle. [33]

Diese meine Skepsis gegenüber allen Sonderwünschen wird im übrigen auch durch die Erfahrung als berechtigt erhärtet. Es sei nur auf ein Beispiel verwiesen: Es ist allgemein bekannt, daß ich die *Handwerksordnung bejaht* habe. Ich habe aber in den Folgejahren, d. h. nach ihrer Verabschiedung, immer wieder gegen Bestrebungen ankämpfen müssen, die darauf abzielten, diese Sonderregelung in wirtschaftlichen Bereichen, in denen materiell und soziologisch ganz andere Bedingungen und Voraussetzungen herrschen, nachahmen zu wollen. Manchmal habe ich dabei den Eindruck gewonnen, daß wir uns auf dem besten Wege befinden, wieder ein Ständestaat mit *zünflerischer Ordnung* zu werden. Niemand darf es mir verargen, wenn ich mich gegen derartige Tendenzen mit aller Entschiedenheit zur Wehr setze. Diesen Weg zu gehen, wäre für Westdeutschland geradezu verhängnisvoll. Was uns in der Welt Geltung verschafft hat, ist doch gerade die Dynamik, die wir entfacht haben, der Expansionswille, der Mut zum Leistungswettbewerb und zur Eigenverantwortung des tätigen Menschen schlechthin. [30]

Dieses *Berücksichtigen von Sonderinteressen*, das Nachgeben gegenüber einzelnen Forderungen bestimmter Wirtschaftskreise *verbietet sich* auch wegen der Interdependenz allen wirtschaftlichen Geschehens. Jede einzelne Maßnahme in der Volkswirtschaft hat Fernwirkungen auch in Bereichen, die von den Aktionen gar nicht betroffen werden sollen, ja, von denen niemand bei flüchtiger Beobachtung glauben möchte, daß sie von den Ausstrahlungen berührt werden. (Ende Seite 146)

17. Kapitel (ab Seite 353)

AUSBLICK: ZUVERSICHT UND SORGEN

Da dieses Buch keinen Anspruch auf wissenschaftliche Systematik erheben will, sondern eine Art Rechenschaftsbericht vor dem deutschen Volke über den zurückgelegten Weg abgeben soll, scheint es geboten zu sein, von der Gegenwart aus die Blicke vorwärts zu richten. Dabei geht es nicht um eine Konjunkturprognose, sondern mehr um eine Wertung der Erscheinungsformen unseres gesellschaftswirtschaftlichen und politischen Lebens und am Ende um den Versuch, die mögliche Entwicklungslinie unseres sozialen und nationalen Seins in ihren Alternativen klarer zu erfassen.

Hier spricht also der Wirtschaftsminister, der es täglich neu erfährt, daß sich seine Arbeit nicht im Raume der „reinen Ökonomie“, sondern im Bereich der „politischen Ökonomie“ abspielt, und der darum immer wieder bestrebt sein muß, zwischen wirtschaftlicher Vernunft und wissenschaftlicher Erkenntnis einerseits und politischem, ja oft parteipolitischem Wollen andererseits, *eine immer noch glückliche Synthese, eine Versöhnung zu finden*.

Schon der Titel dieses Buches „Wohlstand für Alle“ ist voller Problematik, denn es entspricht beileibe nicht meiner Überzeugung, daß selbst mit der Erreichung dieses Zieles dem deutschen Menschen auch schon Glück und Zufriedenheit beschert wäre, und Wohlstand für Alle

ausreichen könnte, um die gesellschaftliche Harmonie und Ordnung zu verbürgen.

Aber „Alles“ schickt sich nicht für „Einen“, womit ich sagen möchte, daß der Wirtschaftsminister überfordert wird, wenn man ihm zugleich das Seelenheil für ein ganzes Volk verantwortlich übertragen will. Es ist schon richtig, daß wir nach acht Jahren erfolgreichen deutschen Wiederaufbaues *trotz allenthalben noch vorherrschender Notstände* nicht so sehr unter materieller Beengung und Bedrängnis leiden, und daß auf diesem Felde die eigentlichen und letzten Lösungen zur Sicherung einer glücklichen Zukunft für unser Volk liegen würden; - nein wir sind von einer Unsicherheit befallen und nicht nur unsere Hirne, sondern auch unsere Seelen und Herzen sind in Verwirrung geraten. Vielleicht - oder ich meine sogar gewiß - hat viele von uns die notwendige Hinlenkung aller menschlichen Energien auf die Rückgewinnung und Sicherung unserer materiellen Lebensgrundlagen in die Irre laufen lassen und dabei ist das rechte Gefühl für die Rangordnung der Werte verloren gegangen. Ob wir die uns unabweisbar gestellte Frage glücklich zu lösen vermögen, wird unser Schicksal ausmachen.

Nicht vom Brot alleine...

Ich verdanke diese Einsicht meinem alten Lehrer Wilhelm *Vershofen*, wenn ich trotz aller Anstrengungen, die expansiven Kräfte in unserer Volkswirtschaft zu wecken, doch immer wieder darauf verwies, daß zwar der Zweck der Wirtschaft kein anderer sein könne, als dem Verbrauch (allerdings nicht nur dem primitiv materiellen) zu dienen, daß das aber nicht zugleich auch der Sinn unseres wirtschaftlichen Tuns sein dürfte. Die Sinnggebung der Wirtschaft fließt aus dem allumfassenden Lebensbereich eines Volkes und wurzelt damit in letzten, nicht mehr rational erfaßbaren Wertungen. Das heißt mit anderen Worten, daß wir mindestens im Bereich der westlichen Zivilisation derzeit nicht die Gnade einer einheitlichen und gemein verbindlichen Wertung des Lebens erfahren. Wir drohen der Sucht zu erliegen, auch die qualitativen Werte unserer Umwelt auf eine rechenhafte Formel bringen und sie marktgängig machen zu wollen, und erfahren dabei, daß Glück eben nicht käuflich ist.

Ist nun aber die Situation, in der wir stehen, hoffnungslos und ausweglos? Ich bringe auch hier den guten Mut auf, diese Frage zu verneinen, weil ich glaube und spüre, daß in der Brust vieler einzelner Menschen der Zweifel nagt und die innere Unruhe zunehmend zur Besinnung drängt. Dieses Verlangen wird nach meiner Überzeugung überdeckt, manchmal vielleicht sogar erstickt durch die kollektiven Willensäußerungen, die von solchen Regungen nichts wissen und sie meist auch gar nicht wahrhaben wollen, um nicht die vielgerühmte Geschlossenheit der Fronten zu stören. Offenbar ist das sehr differenzierte menschliche Gewissen mit dem kollektiven Machtstreben der Organisationen nicht zu einer inneren Harmonie zu bringen, und darum begegnen wir in der Öffentlichkeit nur jener Sprache, die da klagt und fordert, aber der inneren Wahrhaftigkeit entbehrt. Damit aber führt diese Überlegung wieder zur Praxis der Politik.

Gewiß wäre der *Wirtschaftsminister fehl am Platze, der die Sorgen* der wirtschaftenden Menschen in ihren verschiedensten Bereichen und Gruppierungen *nicht ernst nehmen* und sorgsam prüfen wollte. Er wird im einzelnen gerne zugeben, daß z. B. das Verlangen nach höherer Liquidität, nach größerer wirtschaftlicher Sicherheit, nach Befreiung von zu großer steuerlicher Last, nach gerechter Verteilung des Sozialprodukts oder Sicherheit des Arbeitsplatzes einer Berechtigung nicht entbehrt, und trotzdem muß er doch auch immer wieder mahnen, den Bogen nicht zu überspannen, und den also Fordernden zum Bewußtsein bringen, daß nach diesem Zusammenbruch ohne gleichen nicht alle Früchte schon heute heranreifen können, und auch noch ein Morgen unser harret.

Aber gerade diese Weisheit und Bescheidenheit, die unsere Kraft gewiß nicht lähmen soll, sondern sogar stärken könnte, gehört nun einmal nicht zu den deutschen Tugenden; ja, es ist vielmehr umgekehrt so, daß wir mit jeder Besserung unseres materiellen Seins immer stärker von der Hybris erfaßt werden und die Maße für das Mögliche und das Geziemende verlieren. Obwohl niemand vor seinem Gewissen leugnen kann, daß wir in acht Jahren Wiederaufbau fast Unvorstellbares erreicht haben, und daß die Bundesregierung sich redlich mühte, alle Schichten unseres Volkes an dem Fortschritt und Wohlstand teil haben zu lassen, tönt die Unzufriedenheit in Chören. - Um jedoch allen Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich ausdrücklich betonen, daß diese Äußerungen der Hybris, von denen ich hier spreche, nicht aus den Kreisen stammen, deren Einkommen gerade mit Mühe ausreicht, um die Lebensnotwendigkeiten zu bestreiten. Selbstverständlich besteht hier alles andere als Anlaß zu einem Übermut. Um die wirtschaftliche Situation gerade dieser Bevölkerungsschichten, zu denen noch Millionen zu rechnen sind, auch weiterhin zügig zu bessern, ist die Fortsetzung dieser Wirtschaftspolitik unerlässlich. Darum gilt es ganz besonders gegen die Gefährdung dieses Weges, die unter anderem auch aus der hier gekennzeichneten Hybris erwächst, Front zu machen.

Freiheit kostet Opfer

Das ist die erste und größte Sorge, die ich für unser deutsches Schicksal hege. Die Dinge sind zu meistern, wenn nur auch die Geister zu bändigen sind. Vergessen wir dabei auch nicht, daß wir nicht allein in der Welt leben, und daß unser Wohl und Wehe von einer spannungsfreien Einordnung unseres Landes in die freie Welt und von der Freundschaft und dem Vertrauen zwischen den Völkern abhängig ist. Mir will scheinen, daß man uns mit dem Blick von draußen her schon nicht mehr ganz versteht, und daß wir vielleicht sogar den Eindruck eines Volkes bieten, das in sattem Egoismus das Gefühl für die gemeinsame Verantwortung und für eine echte Solidarität der freien Welt zu verlieren droht.

Noch sind wir nicht schuldig geworden, ja diese Wertung mag sogar falsch sein, aber die falschen und schrillen Stimmen sind doch auch nicht zu überhören, die in illusionistischer Verblendung wähnen, die übrige Welt müßte uns, müßte einem wiedervereinigten Deutschland, Schutz und Sicherheit ohne unser eigenes Opfer gewähren. Auch *andere Völker tragen um der Bewahrung ihrer Freiheit willen materielle Lasten*, die sie ohne die Bedrohung von außen her gewiß auch gerne Zwecken ihrer sozialen Wohlfahrt zuwenden wollten. Bei uns aber werden Töne laut, als ob sich die Regierung an der Wohlfahrt des deutschen Volkes veründigen würde, weil sie um der Sicherung dieser Wohlfahrt willen im Bunde mit der freien Welt durch Verteidigungsleistungen unsere Freiheit schützen will. Wen die Ereignisse in Polen und Ungarn nicht im tiefsten erschüttert haben, und wer trotz dieser Dokumentation brutaler Machtgier von dieser Seite her noch auf Recht und Gesetz vertraut, dem ist wahrlich nicht zu helfen. Aber dem muß auch der Anspruch verwehrt werden, deutsches Schicksal zu gestalten.

Das also ist meine zweite Sorge, daß wir leichtfertig falschem Schein vertrauen und damit nicht etwa nur unseren Wohlstand, sondern unser geschichtliches Sein und unser nacktes Leben dazu freventlich aufs Spiel setzen. Ein Volk, das um seiner Freiheit willen nicht mehr um das materielle Opfer weiß, wird auf die Dauer zur Geschichtslosigkeit verurteilt sein.

Europäische Gemeinschaft unerlässlich

In obigen Darlegungen ist bereits der Gedanke angeklungen, daß wir ebensowenig wie irgendein anderes europäisches Volk in der Lage sein können, in uns selbst fruchtbare Lösungen zu finden. Hier aber möchte ich das Problem nicht unter politischen Aspekten sehen, obwohl

diese vor allen anderen ernst genommen zu werden verdienen. Die freien Völker Europas werden nur dann ihre Geltung und ihren Einfluß in der Welt behalten können, wenn sie, gestützt auf die Freundschaft der Vereinigten Staaten und in enger Gemeinschaft mit dieser Macht, *zum Bewußtsein einer unlösbaren politischen Gemeinsamkeit gelangen*. Wie aber sollen wir zu diesem Ziele hinfinden, und inwieweit sind Formen und Konstruktionen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit als geeignet und ausreichend anzusehen, um sich zu einer politischen Kraft entwickeln zu können?

Weil ich den Blick vorwärts richte, darf ich mir Reminiszenzen, die die Montanunion, die OEEC, die EZU, das GATT und den Internationalen Währungsfonds betreffen, ersparen und unmittelbar auf jenen Plan Bezug nehmen, der zwischen den sogenannten sechs Montanunionsländern die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes bzw. einer Zollunion zum Gegenstand hat. Darf ich vorweg auch an dieser Stelle noch einmal beteuern, daß es wohl kaum einen entschiedeneren Verfechter der europäischen Integration und auch einer europäischen Konföderation geben kann, als ich das für mich in Anspruch nehme, aber daraus zugleich auch das Recht ableite, Kritik dort zu üben, wo ich Gefahren für das Ziel zu erkennen glaube.

Gerade weil ich weiß, wie sehr die Prinzipien einer wirtschaftlichen Ordnung die Formen und den Geist einer *sozialen* oder politischen *Gemeinschaft determinieren*, möchte ich gewährleisten wissen, daß der Gemeinsame Markt nicht in einen europäischen Dirigismus einmündet und in diesem die fortschrittlich expansiven Kräfte bindet und lähmt, sondern daß gerade umgekehrt in diesem umfassenderen europäischen Raum jene Kraft entzündet wird, die den an der Gemeinschaft teilhabenden Menschen und Völkern die Sicherheit einer politisch, sozial und wirtschaftlich gleichermaßen glücklichen Zukunft vermittelt. Wer da glauben möchte, daß die institutionelle Bindung allein und ohne Rücksicht auf den Geist der ökonomischen Zusammenarbeit schon ausreichen würde, um aus der immanenten Kraft einer fortschreitenden Entwicklung heraus über Fehler und Irrungen hinweg dennoch zu dem vorgestellten Ziel zu gelangen, würde sich wahrscheinlich einer argen Täuschung hingeben.

Wir erleben und sehen es in den einzelnen Volkswirtschaften, wie entscheidend die *ökonomischen Ordnungsprinzipien das Leben* und sogar *den Geist einer Nation bestimmen*, und wie sehr diese unterschiedlichen Schicksale der Völker in der weiteren Konsequenz zu einem Element der Störung in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit werden. Ich möchte damit nicht sagen, daß die den Gemeinsamen Markt betreffende Satzung - so wie sie sich heute abzeichnet - etwa schon im Prinzip falsch angelegt wäre, aber ich kann ebensowenig verschweigen, daß die mutmaßlich zustande kommenden Kompromisse nicht in allen Teilen meinen Vorstellungen von einer freiheitlichen zwischenstaatlichen Ordnung entsprechen. Obwohl im Bereich der freien Welt ein gemeinsamer Markt naturnotwendig auf die Prinzipien des Leistungswettbewerbs gestellt sein muß, spürt man beim Lesen des Vertragswerkes an vielen Stellen die Sorge vor den sich daraus ergebenden Konsequenzen und bemüht sich dann zugleich, Möglichkeiten der Flucht aus diesem Prinzip zu stipulieren. Weil also die straffe geistige Bindung fehlt, wird es entscheidend darauf ankommen, daß in der praktischen Handhabung des Vertragswerkes und wohl nicht zuletzt auch durch die Besetzung der entscheidenden Positionen die Klarheit und Zielstrebigkeit des Wollens zu deutlicherer Ausprägung gelangt.

Auch wenn z. B. hinsichtlich der sogenannten „sozialen Harmonisierung“ durch meine Einwände eine lockere, aber dadurch auch gewiß nicht klarere Fassung erreicht wurde, so kann ich doch meine Sorge nicht unterdrücken, daß mit diesem Begriff ein *höchst gefährliches Prinzip legitimiert* und legalisiert wurde. Nicht daß ich nicht auch wünschen möchte, jedes

Land sollte nach Maßgabe seiner Produktivität optimale soziale Leistungen gewährleisten! Wie aber sieht die Praxis aus? Die tendenziell inflationäre Entwicklung in einzelnen Ländern (bei starren Wechselkursen!) ist nicht zuletzt auch auf die Gewährung sozialer Leistungen zurückzuführen, die die Leistungsergiebigkeit der Volkswirtschaften überforderten. Da aber eine Angleichung der sozialen Leistungen im politischen Raum niemals nach unten, sondern immer nur nach oben hin erfolgen kann, hat das zur Konsequenz, daß auch solche Volkswirtschaften, die sich seither eine gleichgewichtige Ordnung bewahren konnten, entweder auch in jene verderbliche Entwicklung hereingedrängt werden, oder aber fremde Schuld in Gestalt der Anwendung von Schutz klauseln seitens ihrer Partner büßen müssen.

Keine Rückkehr zur Großraum-Ideologie

Wenn sich dann gar ein „Gemeinsamer Markt“ gegenüber anderen Wirtschaftsräumen nicht einer *eindeutig liberalen Handelspolitik befleißigt*, droht uns ein Rückfall in ideologische Vorstellungen einer wahrhaft unglücklichen Vergangenheit, nämlich die Aufspaltung der Welt in so genannte „Großräume“, die den egoistischen Geist ökonomischer Inzucht atmen und die Kontraste selbst innerhalb der freien Welt sogar zu verschärfen geeignet sind. Der Wissende darf nicht schweigen, wenn er solche Gefahren erkennt, und er kann sich auch nicht mit dem politischen Einwand beruhigen, daß schon alles gutgehen werde, wenn nur erst einmal eine Form gegossen ist, die die Partner zusammenzwingt. Nichts hat sich in den letzten 30 bis 40 Jahren stärker manifestiert als der Geist des nationalen Egoismus und Protektionismus, und ich hätte gewünscht, daß man diesem Ungeist entschiedener begegnet wäre. In der künftigen Gestaltung der europäischen Zusammenarbeit ist also meine dritte Sorge begründet.

Wenn in diesem Buche meine Auffassung über die unabweisbare Notwendigkeit der Wiederherstellung frei konvertierbarer Währungen auch bereits hinreichend deutlich wurde, so muß doch hier noch einmal der Mißstände Erwähnung getan werden, die aus dem Verzicht auf eine gute zwischenstaatliche Ordnung erwachsen. Es wäre Illusionismus, zu glauben, diese Art von Freizügigkeit würde sich sozusagen automatisch, d. h. also aus sich selbst heraus, verwirklichen; nein, sie setzt zwingend ein ganz bewußtes Wollen und noch mehr ein ganz bestimmtes Verhalten im nationalstaatlichen Bereich voraus, und muß vor allen Dingen mit dem Übel aufräumen, daß es im Belieben der einzelnen Volkswirtschaften stehen dürfte, diese oder jene Wirtschafts- oder Finanzpolitik zu betreiben. Zwar wird die Anwendung der geeigneten Mittel von Land zu Land verschieden sein können und vielleicht sogar sein müssen, aber das oberste Gebot setzt die Verantwortung zur Aufrechterhaltung einer gleichgewichtigen Ordnung.

Demgegenüber will es heute manchmal fast so scheinen, als ob einzelne *Länder dem Wunderglauben huldigten*, man müsse nur *den Boden einer guten Ordnung verlassen, um zu besseren Taten befähigt* zu werden. Die Verirrung der Geister hat es nicht zuletzt auch dahin gebracht, daß politische Vorstellungen ideologischer Art mit einer verantwortungsbewußten Wirtschaftspolitik und noch mehr mit wissenschaftlicher Erkenntnis in Widerstreit geraten, und daß eine falschverstandene Vorstellung von nationaler Souveränität und von dem Primat der Politik die Ordnungskräfte und den Ordnungswillen mehr und mehr lähmte.

Wenn die Erkenntnis dazu zwingt, aus der nationalen Isolierung zu immer weiterer Integration fortschreiten zu müssen, wenn es ein staatliches Eigenleben in engen wirtschaftlichen Räumen nur noch unter Preisgabe des Fortschritts und der sozialen Sicherheit geben kann, dann ist daraus vor allen Dingen die Nutzenanwendung zu ziehen, daß es den Nationalwirtschaften künftig auch verwehrt sein muß, eine Wirtschafts- und Handelspolitik zu betreiben, die die zwischenstaatliche Ordnung zu stören oder gar zu sprengen geeignet ist. Ich hätte es darum sehr gern gesehen, wenn diese besondere Verpflichtung in dem Vertragswerk zum Gemeinsamen

Markt klarer herausgestellt worden wäre und entsprechende Bindungen vorgesehen hätte.

Das Bild, das heute die Europäische Zahlungsunion in Form extremer Schuldner- und Gläubigerpositionen bietet, sollte uns Mahnung genug sein, den wirtschaftlichen Widerspruch, der in völlig unterschiedlichen Preisentwicklungen bei starren Wechselkursen Ausdruck findet, nicht länger andauern zu lassen. Wenn gar die weitere Entwicklung zu einem noch stärkeren Auseinanderklaffen des nationalen Preisniveaus führen sollte, kann auch kein Politiker auf die Dauer an der wissenschaftlichen Erkenntnis vorüber gehen, daß die dann notwendig werdenden, immer weitergreifenden Manipulationen die Freizügigkeit unterbinden und zwangsläufig zu einem Rückfall in die scheußlichsten Formen des Dirigismus der Vergangenheit führen müssen. So lange also die Völker in freien wirtschaftlichen Austauschbeziehungen bleiben wollen, geht es jedes einzelne Land an, wie sich seine Partner verhalten, und insbesondere würde es sich auf die Dauer als unmöglich erweisen, *Volkswirtschaften zu integrieren, wenn diese sich nicht zu einem gleichförmigen Handeln und Verhalten entschließen können.*

So liegen im Gemeinsamen Markt das Gute und das Böse nahe beieinander. Entweder setzt sich der Geist der Freizügigkeit durch, und wir werden ein glückliches, fortschrittliches und starkes Europa erfahren oder aber wir versuchen unterschiedliche Systeme durch Manipulationen miteinander zu verkoppeln und haben dann die große Chance einer echten Integration verspielt. Ein dirigistisch manipuliertes Europa müßte aus dem System heraus die Widerstandskräfte gegen den Geist des Kollektivismus und der Vermassung erlahmen und das Gefühl für den Segen der Freiheit verkümmern lassen.

Konvertierbarkeit auf breitester Ebene

Da aber die Nützlichkeit und Fruchtbarkeit frei konvertierbarer Währungen mit der Weite des Raumes und der Zahl der beteiligten Volkswirtschaften zunimmt, wird man dieses Problem primär nicht auf der Ebene des Gemeinsamen Marktes zu lösen vermögen, sondern man wird hier im Bunde mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und anderen europäischen Ländern gemeinsam auf breitester Front handeln müssen. Dabei ist immer wieder festzustellen, daß der Widerstand aus dem nationalwirtschaftlichen Bereich fast immer darauf zurückzuführen ist, daß man die wirtschaftlichen Fakten der Gegenwart zum Maßstab der Beurteilung des Wagnisses macht, ohne sich mit einiger Phantasie und Intuition bewußt zu werden, daß ja gerade durch die Änderung des währungspolitischen Systems völlig neue ökonomische Tatbestände in veränderter Gemengelage zutage treten werden.

Damit ist *meine vierte Sorge* angesprochen, die sich auf die Überzeugung gründet, daß die beste *nationale Ordnung* und Disziplin *nicht mehr zur Sicherung der inneren Stabilität ausreicht.*

Freiheit und Verantwortung

Wenn ich vorstehend von der verfänglichen Neigung zu planwirtschaftlichem Dirigismus und der Angst vor dem Wettbewerb sprach, dann gilt diese meine Sorge auch in bezug auf manche Erscheinungen in der Bundesrepublik selbst. Ich darf aber in dieser Beziehung auf die früheren Kapitel dieses Buches verweisen. Der Drang zur Organisation, zu kollektiver Planung und Ordnung kann sich überhaupt erst entfalten, wenn das Individuum zur Selbstentäußerung und zur Preisgabe persönlicher Verantwortung bereit ist. Daß diese bedenkliche Entwicklung von

politischer oder mehr noch parteipolitischer Seite aus gefördert wird, kann füglich nicht bezweifelt werden. Ich gebe mich auch keinen spekulativen Erwägungen hin, ob es möglich werden könnte, nach dieser Richtung zu einer besser ausgewogenen Synthese zu gelangen. Sicher scheint mir nur das Eine zu sein, daß in dem einzelnen Menschen das *Gefühl für Freiheit von dem Bewußtsein der Verantwortung nicht zu trennen ist*, während im Zuge der zunehmenden Vermassung der gesellschaftswirtschaftlichen Entscheidungen von dieser Bindung immer weniger zu spüren ist.

Wenn ich in diesem Zusammenhang beispielhaft auf die Forderung nach Erstellung einer „*volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung*“ verweise, so möchte ich damit nicht bestreiten, daß aus solcher Schau nützliche Einsichten und wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden können. Selbstverständlich hat sich die Wirtschaftspolitik auch seither an solchen Daten orientiert. Nur haftet dem Begriff der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der penetrante Geruch der Erfüllung von Plan-Solls an und wird damit nur allzu leicht an Stelle eines Erkenntnismittels zur Rechengrundlage dirigistischer Wirtschaftsplanung. Und zu allem übrigen dürfen wir noch nicht einmal darauf vertrauen, daß die wirtschaftlichen Machtgruppen im politischen Bereich ihres Handelns geneigt wären, für sie unbequeme Konsequenzen anzuerkennen.

Kommt die zweite industrielle Revolution?

Diese meine fünfte Sorge, daß wir durch politische Kräfte mehr und mehr von dem Weg der Pflicht abgedrängt werden könnten, hat aber auch noch einen sehr realen Hintergrund in den spekulativen Aspekten, die die sozialistische Opposition im Bundesgebiet mit der zunehmenden *Verstärkung der Automatisierung* bzw. Automation der industriellen Technik verbindet. Auch wenn ich die Jules Verneschen Phantasien beiseite lasse, erscheint es gewiß nicht angebracht, in diesem Zusammenhang von einer „zweiten industriellen Revolution“ zu sprechen, denn einmal handelt es sich ja um keine Aktion, sondern um einen nicht terminierten Prozeß, zum andern ist die gesellschaftspolitische Situation, die diese Entfaltung begünstigt, nicht durch einen Überschuß, sondern gerade umgekehrt durch einen Mangel an Arbeitskräften gekennzeichnet, der sich sogar noch verstärken wird. Es mag sich also in einzelnen Bereichen wohl eine Revolution technischer Art vollziehen, die tendenziell die menschliche Leistung auf die Einstellung und Überwachung der Apparaturen beschränkt, aber *eine industrielle Revolution*, die ganz offensichtlich *tragische Erinnerungen* an die mit dem Aufkommen der Maschine verbundenen sozialen Schwierigkeiten wecken soll, *wird bestimmt nicht stattfinden*.

Weitreichende Konsequenzen werden sich allerdings hinsichtlich des steigenden Bedarfs an technisch gebildeten Kräften ergeben. Aber das ist auch gar keine Streitfrage, die zu revolutionären Umschichtungen führen müßte; im Gegenteil wird man aus einer Anwendung der modernen Technik eine weitere Bereicherung mindestens des materiellen menschlichen Seins erwarten dürfen. Die wissenschaftliche Systematik gebietet auch, die Begriffe Automatisierung und Automation nicht wahlweise in einen Topf zu werfen. Die Automation (soweit darunter überhaupt etwas Absolutes verstanden werden kann) wird einmal die Vollendung eines fortschreitenden Automatisierungsprozesses sein. Gewiß werden damit auch insofern schwer wiegende Probleme aufgeworfen werden, als die Chancen und Möglichkeiten der Automation für die einzelnen Bereiche einer Volkswirtschaft sehr unterschiedlich geartet sind. Die Unterschiede in der potentiellen Produktivitätssteigerung werden also noch größer werden, als sie heute schon in Erscheinung treten, und dementsprechend wird auch das soziale Problem der Entlohnung der arbeitenden Menschen an politischer Bedeutung gewinnen.

Nicht vergessen sei auch, daß die weniger entwickelten Völker im Zuge ihrer weiteren indus-

triewirtschaftlichen Entfaltung gewisse Stufen der industriellen Technik überspringen und moderne Apparaturen zur Anwendung bringen wollen. Aber zuletzt wird es doch darauf ankommen, oder mindestens ist das die Chance für die Länder der westlichen Zivilisation, daß ihnen der geistige Standard die Möglichkeit gibt, nicht nur Automaten zu nutzen, sondern daß sie auch über die Fähigkeit verfügen, sie zu erfinden. Wir dürfen wohl darauf vertrauen, daß auch *in Zukunft nicht Elektronengehirne, sondern Köpfe das Schicksal* von Menschen und Völkern *bestimmen werden*. Wenn dazu die Automation den Zug zu einer fortschreitenden Integration der Volkswirtschaften begünstigt, weil die Anwendung dieser modernen Technik weite Räume mit großen Verbrauchermassen voraussetzt, dann kann sie zugleich auch zu einer Befriedung der Welt beitragen.

Die entscheidende Frage ist aber, welche Nutzanwendung aus dieser sich abzeichnenden Entwicklung zu ziehen ist. Die Sozialisten, die von Atomtechnik, Automatisierung und Automation in einem Atemzuge sprechen, meinen, daß die privatwirtschaftlichen Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung nicht geeignet oder sogar untauglich waren, um der neuen Probleme sowohl technisch als auch finanziell Herr werden zu können. Schon taucht wieder, je nach dem Standpunkt, der Lieblingsgedanke oder das Schreckgespenst einer staatlich gelenkten Wirtschaft auf. Daß eine zunehmende Automatisierung hin zur Automation sehr erheblichen Kapitalbedarf erfordert, ist gewiß nicht zu bestreiten, aber von dieser Einsicht ist wenig zu spüren, wenn es in den politischen Auseinandersetzungen des Tages um die sinnvolle Bemessung der volkswirtschaftlichen Konsum- bzw. Investitionsrate geht. Von dieser Seite aus kann die Notwendigkeit einer staatlichen Einflußnahme oder gar Regie nicht abgeleitet werden, denn wenn weder die Erträge der Unternehmungswirtschaft noch die private Spartätigkeit aller Volksschichten hinreichen, um die als notwendig erachteten Investitionen zu finanzieren, ist auch *der Staat mit seinem Latein zu Ende*; - es sei denn, er würde sich einer inflationistischen Kreditschöpfung schuldig machen oder aber zu dem Mittel der Besteuerung für Zwecke staatlicher Investitionen und Vermögensbildung greifen. Diese beiden letzten Formen der Kapitalbildung aber bedeuten gleichermaßen eine *entschädigungslose Enteignung des Staatsbürgers* und sind darum mit Entschiedenheit abzulehnen. So komme ich auch in dieser Frage zu dem Schluß, daß mehr als staatlicher Dirigismus menschliche Freizügigkeit und unternehmerische Initiative Erfolg verheißen.

Wenn ich in dieser Schlußbetrachtung eingangs von Zuversicht und Sorgen sprach, so habe ich diesen letzteren breiten Raum gegönnt. Das aber soll nicht besagen, daß die unsere Zukunft bedrohenden Sorgen meine Zuversicht erdrücken könnten. Gewiß ist diese Zuversicht nicht aus konkreten Plänen oder Objekten ableitbar, sondern wurzelt in einer geistigen und seelischen Haltung. Sowenig ich den Übergang aus der Zwangswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft vorher rechenhaft erfassen und in allen Stationen exakt voraussagen konnte und dennoch von der Richtigkeit des Weges unerschütterlich überzeugt war, so vertraue ich auch darauf, daß sich *die Freiheit als die stärkste menschliche Kraft* und als höchster Wert zuletzt doch immer durchringen und durchsetzen wird. Vielleicht muß uns die Gefahr ihres Verlustes erst wieder einmal bewußt werden, um neue Kräfte zur Rettung dieses unseres kostbarsten Gutes zu wecken. Wer diese uns bedrohenden Gefahren erkennt - und dieser Absicht sollte der letzte Abschnitt dieses Buches dienen -, wird, wie ich hoffe, in der Bezeugung seiner freiheitlichen Haltung und Gesinnung gestärkt werden. Er mag dann auch kämpfen und Widerstand leisten, wenn es gilt, diese uns im Jahre 1948 zurück gewonnene marktwirtschaftliche Ordnung gegenüber allen Versuchen ihrer Aushöhlung zu verteidigen. Dann jedenfalls hätte dieses Buch seinen Zweck erreicht. (Ende: Erhard, Wohlstand für alle / Seite 368)



Franz Oppenheimer

ERLEBTES, ERSTREBTES, ERREICHTES

LEBENSERINNERUNGEN

Geleitwort von Bundeskanzler Ludwig Erhard

und mit einer Einleitung von Joachim Tiburtins

Ergänzt durch Berichte und Aufsätze von und über Franz Oppenheimer

Herausgegeben von L. Y. Oppenheimer

1964, Josef Melzer Verlag Düsseldorf

GELEITWORT)*

Oppenheimer nannte seine Lehre einen „liberalen Sozialismus“. Wenn man, wie ich, im politischen Leben steht, wird man auf Herz und Nieren geprüft: Predigst du nur so oder wirkst du tatsächlich im Sinne eines liberalen Sozialismus? Nun, ich habe Adjektiv und Substantiv umgelagert - das hat übrigens auch mein Freund Wilhelm Röpke getan - und sagte dazu, daß ein „Sozialer Liberalismus“ die Akzente gewiß etwas verlagert, aber dem Prinzip, um das es geht, dennoch treu bleibt. Es ist der gleiche Geist.

Man reiht mich gemeinlich ein in die Kategorie der „Neoliberalen“. Es mag so geschehen, denn Gelehrte von Rang, von Walter Eucken angefangen, über Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow zu Hayek und Franz Böhm, um nur einige zu nennen, haben im tiefsten Grunde Oppenheimersches Gedankengut in sich aufgenommen und in unsere Gegenwart übersetzt, indem sie einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Beschränkung des Wettbewerbs und vor allen Dingen gegen Monopole führten.

Als mir im Jahre 1948 der Auftrag zuteil wurde, das deutsche wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Leben aus dem völligen Zusammenbruch heraus neu zu ordnen, war ich mir über eines klar: Die praktischen Bilder und Modelle der Vergangenheit reichen zu einer Lösung nicht aus.

Das erste, was ich aufgegriffen habe, war der entschiedene Kampf gegen Monopole und gegen die mannigfachen wettbewerbshemmenden und verfälschenden Bindungen, die menschliche Abhängigkeiten und Unfreiheiten schaffen. Aus dieser Haltung heraus wurde das deutsche Kartellgesetz oder besser gesagt Antikartellgesetz geprägt.

Auch meine Einstellung zur „Macht“ hat ihre Wurzel in der geistigen Haltung von Franz Oppenheimer. Ich meine dabei nicht nur die wirtschaftliche Macht, ich meine auch die politische Macht. Nicht, daß ich an die Verbrechen einer tragischen Vergangenheit erinnern möchte, - nein hier handelt es sich darüber hinaus um ein modernes gesellschaftspolitisches Problem überhaupt.

Die wirtschaftliche Macht kann man bändigen, wie auch in Richtung der Herstellung einer freien Konkurrenz vieles zu besorgen ist. Ich habe z. B. dieses Ziel dadurch zu erreichen versucht, daß ich, ohne nach einer Gegenleistung zu fragen, die deutschen Zölle einseitig immer weiter gesenkt habe. Ich habe dem freien Wettbewerb dadurch zum Siege verholfen, daß ich in einer Situation, in der das ein großes Wagnis bedeutete, die Grenzen unseres Vaterlandes öffnete. Ich glaube, daß der Weg, auf den wir gekommen sind, - die Barrieren zwischen den Staaten mehr und mehr niederzulegen und einen verlogenen Nationalismus zu überwinden, den Entartungen des Protektionismus und des Egoismus entgegenzuwirken - durchaus in der Oppenheimerschen Linie des Denkens und in der praktischen Verwirklichung seiner Theorie liegt.

Wie sehr Oppenheimer in mir lebt, das habe ich neulich erfahren, als ich in einer freien Rede zu „Europa“ sagte: Was ich mir vorstelle, das ist ein Europa der „Freien und der Gleichen“. Und als ich dann sein Buch „Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes“ zur Hand nahm, las ich aus seiner Feder zunächst fast erschreckt aber nicht minder beglückt von „einer Gesellschaft der Freien und der Gleichen“. Diese Gesinnung ist also offenbar so sehr Bestandteil des eigenen Wesens geworden, daß man sich selbst in der Sprache und im Ausdruck unbewußt wieder begegnet.

Franz Oppenheimer, mein geliebter Lehrer, war ein Mann, der mit heißem Herzen, aber mit kühlem Kopfe an die Probleme herangegangen ist, und er hat alle verachtet, die in der Umkehrung mit schwülem Kopf und kaltem Herzen ein Volk beglücken zu können glaubten. Er hatte das rechte Augenmaß für die Dinge.

Solange ich lebe, werde ich Franz Oppenheimer nicht vergessen! Ich werde glücklich sein, wenn die soziale Marktwirtschaft - so vollkommen oder so unvollkommen sie auch sein mag - weiter zeugen wird auch für das Werk, für den geistigen Ansatz der Gedanken und die Lehre von Franz Oppenheimer.

Die meisten Menschen können es nicht ermessen, wie viel sie ihm, dieser großen schöpferischen Persönlichkeit, zu verdanken haben. Ich weiß es, und ich habe dem auch dadurch Ausdruck gegeben, daß in meinem Arbeitszimmer lange Zeit über nur e i n Bild stand, das meines Lehrers Franz Oppenheimer.

Ich denke auch noch mit Wehmut und Trauer an den Abschied. Er hatte Tränen in den Augen, als er sagte: „Nun muß ich mein Vaterland verlassen“. Denn er fühlte sich als Deutscher. Er verkörperte im reinsten und edelsten Sinne deutschen Geist und deutsche Kultur. Seinem Andenken sei darum für heute und immerdar Dank und Ehre!

(Ludwig Erhard)

Bundeskanzler

**) Aus der Ansprache des Herrn Bundeskanzlers bei der Gedenkfeier der Freien Universität Berlin zum 100. Geburtstag von Franz Oppenheimer am 30. April 1964.*

EVANGELISCHE AKADEMIE LOCCUM

Dokumentation 3 / Seite - 35 -

25 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Zwischenbilanz eines ordnungspolitischen Experimentes

kritische Analyse - zukünftige Gestaltung

Tagung vom 6. bis 9. Oktober 1972

Leitung der Tagung: Dr. Bodo B. Gemper, F.S.S., Köln/Siegen*)

Der Grundstein für die „Soziale Marktwirtschaft“ wurde vor 25 Jahren gelegt, als im Jahre 1947 Alfred Müller-Armacks Veröffentlichung „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ erschien und Wilhelm Röpke sein Manuskript über „Die Ordnung der Wirtschaft“ verfaßte. Zwei Jahre später hat sich die erste Bundesregierung für diese Ordnung des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik Deutschland entschieden. Seitdem ist das Grundprinzip der bewußt sozial gesteuerten Marktwirtschaft Grundlage der Wirtschaftspolitik.

Gegenwärtig wird der Vorwurf laut, daß auch die Soziale Marktwirtschaft die in sie gesetzten Erwartungen, zu einer Lösung der dringenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme beizutragen, nicht erfülle.

Die Evangelische Akademie Loccum lädt ein, eine Zwischenbilanz zu ziehen, das heißt,

- die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft sachlich und kritisch zu analysieren,
- Wege und Methoden zu erkunden, wie diese Wirtschaftsordnung auf veränderte Verhältnisse ausgerichtet werden kann,
- neue Ansätze für die zukünftige Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsordnung in einer freien und demokratischen Gesellschaft zu entwickeln und aus dem Rückblick der Erfahrungen mit der Wettbewerbswirtschaft,
- die Voraussetzungen zu definieren, die für die Realisierung dieser Ansätze angesichts der sich verändernden technischen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten zu schaffen sind.

Ziel dieser Tagung ist es, die ordnungspolitische Diskussion voranzubringen und den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen zu fördern.

Die wirtschaftspolitischen Erfahrungen anderer Länder, die sich bildende Staatengemeinschaft in Europa und die darüber hin ausgehende Zusammenarbeit innerhalb des atlantischen und des östlichen Raumes werden dabei auch im Blickfeld dieser Zwischenbilanz liegen.

Pastor Dr. Hans Storck
Akademiedirektor

Dr. Bodo B. Gemper
Studienleiter

*) 5 Köln 1, Mainzer Straße 70, Tel.: (0221) 389800

Erhard: Nicht dort beginnen, wo „Das Kapital“ aufgehört hat

Von unserem Korrespondenten / dh. Hannover 8. Oktober

Vor dem Hintergrund der zunehmenden ideologischen Entfremdung zwischen Wirtschaft und bestimmten Gruppen der Gesellschaft analysierten Fachleute in der Evangelischen Akademie Loccum das ordnungspolitische Experiment „Soziale Marktwirtschaft“. An der Spitze von Vertretern aus Industrie und Bürokratie zog der Vater dieser Wirtschaftsform, Alt-Bundeskanzler Ludwig Erhard, eine Zwischenbilanz.

Wenn auch einige Mißtöne in der Loccumer Idylle das Jubiläum störten - über die Soziale Marktwirtschaft, an der sich die Wirtschaft der Bundesrepublik seit 25 Jahren orientiert, urteilte Ministerialdirektor Otto Schlecht vom Bundeswirtschafts- und -finanzministerium: „Opas Marktwirtschaft ist tot“-, wurde diese Wirtschaftsform selbst von ihren extremen Gegnern nicht in Bausch und Bogen verdammt.

Nicht in allen Punkten seien, so die Kritiker, die in sie gesetzten Erwartungen zu einer Lösung der dringenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme erfüllt. Vor allem der soziale Aspekt stand im Vordergrund dieser Kritik.

Doch diesen Einwürfen konnte Professor Müller-Armack, einer der Theoretiker und Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, entgegenstellen, daß dieses System eine Leistungsbilanz aufweise, wie sie von keiner anderen Wirtschaftsordnung in der Welt bisher erreicht worden sei. Es komme jetzt darauf an, diese Wirtschaftsordnung fortzuentwickeln.

Erwartungsvoll und mit großem Applaus empfingen die mehr als 100 Tagungsteilnehmer Prof. Ludwig Erhard, Der Alt-Bundeskanzler forderte: „Unsere Gesellschaft muß sich formieren und zu einer reiferen Gesinnung gelangen.“ Die Soziale Marktwirtschaft müsse als „Lebensform“ begriffen werden, die trotz aller Anfeindungen nicht mehr überwunden werden könne. Man könne nicht wieder dort beginnen, wo Karl Marx mit seinem Standardwerk „Das Kapital“ aufgehört habe.

Zu dem Vorwurf, er habe sich während seiner Amtszeit mehr an materiellen Gesichtspunkten orientiert, stellte Erhard fest, man hätte ihn nicht verstanden, wenn er zu jener Zeit des Hungers und der Entbehrungen gefordert hätte, darbt und hungert weiter, wir bauen Universitäten. Bis 1960 habe notwendigerweise die Versorgung der Bevölkerung im Mittelpunkt der Sozialen Marktwirtschaft gestanden.

Scharf attackierte der Alt-Bundeskanzler die Versuche radikaler Gruppen, die Ordnung unserer Gesellschaft umzustürzen. Eine „gespaltene Moral“ warf Erhard „Schriftstellern von hohem Rang“ in der Bundesrepublik vor, die einerseits die hier geltende Gesellschaftsordnung ablehnten, andererseits kein Wort für ihre von einem totalitären System bedrängten russischen Kollegen fänden.

An die Adresse der Gewerkschaften gewandt, forderte der Alt-Bundeskanzler eine klare Ant-

wort auf die Frage, ob sie „auf einen entscheidenden Umbruch“ hinarbeiten oder sich gar „zu der Methode eines Umsturzes“ bekennen würden. In zehn Thesen, die bei seinen Zuhörern stürmischen Beifall fanden, umriß Ludwig Erhard Gedanken und Wesen der Sozialen Marktwirtschaft:

1. Endgültige Überwindung des sich wieder regenden Klassenkampfgedankens und Widerstand gegen eine bewußt künstlich gezüchtete Proletariermentalität;
2. verstärkte Anstrengungen, noch bestehende soziale und gesellschaftliche Spannungen und daraus resultierende Vorurteile dieser Art endgültig abzubauen;
3. optimale Verteilung des Volkseinkommens unter Berücksichtigung sozialer Gegebenheiten nach den Maßstäben einer fortschrittlichen Leistungsgesellschaft;

Soziale Marktwirtschaft

Der Grundstein für die nach dem Motto „So viel Wettbewerb wie möglich, so wenig Staat wie nötig“ funktionierende „Soziale Marktwirtschaft“ wurde vor 25 Jahren gelegt, als 1947 Alfred Müller-Armiacks Veröffentlichung „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ erschien und der Nationalökonom Wilhelm Röpke sein Manuskript über „die Ordnung der Wirtschaft“ verfaßte. Zwei Jahre später hatte sich die erste Bundesregierung für diese Ordnung des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik entschieden. Seitdem ist das Grundprinzip der bewußt sozial gesteuerten Marktwirtschaft Grundlage der Wirtschaftspolitik.

-
4. gleiche Bildungs-, Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten ohne Ideologische Bindung nach dem Grundsatz: Freiheit der Wissenschaft;
 5. freier Wettbewerb auf allen Gebieten menschlicher Betätigung ohne staats- oder parteipolitische Begünstigungen;
 6. Beseitigung von Privilegien und künstlichen Rechtspositionen auf privater und staatlicher Ebene; systematischer Abbau von Subventionen, Verzicht auf Parteibuchkarrieren;
 7. Ausbau und Erweiterung der Liberalisierung, Kampf gegen Nationalismus und Protektionismus. Allgemeiner Zollabbau auch über bestehende Wirtschaftsblöcke hinaus;
 8. Sicherung beziehungsweise Wiederherstellung der wirtschaftlichen, sozialen und monetären Stabilität. Kampf gegen den Kollektivismus durch Sicherung einer individuellen freiheitlichen Lebensordnung. Durchsetzung einer breiten Vermögensstreuung;
 9. Kampf gegen den Mißbrauch privater, aber nicht minder auch öffentlich-rechtlicher, wirtschaftlicher oder politischer Macht;
 10. Politik des Friedens, aber eindeutiges Bekenntnis zur westlichen freien Welt und zur Charta der Vereinten Nationen.

Auf dieses Bekenntnis Erhards antwortete der frühere DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg (Düsseldorf), die Soziale Marktwirtschaft habe zwar die wirtschaftliche Lage des Arbeitnehmers verbessert, jedoch habe man mit ihr nicht jene gesellschaftspolitischen Ziele erreicht, die Voraussetzung für ein sinnvolles Leben seien. Die Hoffnungen und das Streben der Arbeitnehmer gehen nach Meinung Rosenbergs „den Weg der Reform - nicht der Revolution“, die immer nur die Konsequenz verpaßter Reformen sei.

Soziale Marktwirtschaft als dauernde Herausforderung

„Zwischenbilanz eines ordnungspolitischen Experiments" in Loccum

Wg. LOCCUM, 9. Oktober. Die Väter der „sozialen Marktwirtschaft" trafen sich mit den in zwischen in der Verantwortung stehenden Söhnen zu zwar unterschiedlichen Bekenntnissen zu diesem ordnungspolitischen Prinzip, aber gemeinsamer Front gegenüber „systemüberwindenden" und „revolutionären Utopisten". Die Evangelische Akademie Loccum hatte - 25 Jahre nach Müller Armacks grundlegender Veröffentlichung "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" - eingeladen zu einer Zwischenbilanz, kritischen Analyse und Diskussion über den künftigen Weg. Und alle, die sie gerufen hatte, waren gekommen: von Ludwig Erhard, Müller-Armack, Neumark und Abs über ihre gewerkschaftlichen Kritiker Rosenberg und Gleitze bis hin zu Hankel, Kloten und Frickhöffer, neben viel weiterer akademischer und wirtschaftlicher Prominenz. Quintessenz nach vier Tagen, mehr als zwei Dutzend Referaten und gegenläufigen Meinungsäußerungen:

Die soziale Marktwirtschaft hat sich, wie auch immer sie definiert oder abgegrenzt werden mag, unbestritten bewährt, ist aber - schon von der Definition ihrer Väter her - nichts Abgeschlossenes. Sie hat sich der steten Herausforderung zu stellen, nicht nur „Quantität", sondern auch noch mehr „Qualität des Lebens" zu schaffen. Insbesondere in der Konjunktur- und Außenwirtschaftspolitik kommt sie, nach Meinung der heute in Verantwortung Stehenden, ohne globale Steuerungselemente und auch internationale Abstimmung (so Hankel) nicht aus.

Ihre größte „Herausforderung" ist heute, zumindest die relative Preisstabilität wieder zu erreichen. Sie muß die Ordnungspolitik hin zu mehr Wettbewerb fortsetzen und schärfere Maßstäbe an Konzentrationsvorgänge anlegen, die Subventionen und Sondervergünstigungen abbauen und sollte sich auch zu Lasten des privaten Verbrauchs noch mehr den Gemeinschaftsaufgaben annehmen. In der Bewertung ihrer Effizienz wird sie sich stärker „soziale Indikatoren" anlegen lassen müssen.

Ludwig Erhard, der in Loccum mit besonderem Popularitätsbeifall empfangen wurde, wandte sich gegen den Vorwurf, den einen Tag später der frühere Gewerkschaftschef, Ludwig Rosenberg, noch einmal dezidiert aussprach, daß nämlich die soziale Marktwirtschaft nur materiell zu verstehen sei (wobei von diesen beiden Gegenpolen der Tagung jeweils mit „Freiheit und Recht" als oberster Leitlinie argumentiert wurde). Abgesehen davon, daß Wohlstand durchaus nichts Schlechtes sei, erklärte Erhard, und in der ersten Nachkriegsphase den absoluten Vorrang haben mußte, sei die Marktwirtschaft als eine Lebensordnung zu verstehen. Sie ziele auf den harmonischen Ausgleich der Gruppeninteressen. Schiller habe aus verwandtem Denken, so sagte Ehrhard, mit der „konzertierten Aktion" ein Gleiches zu erreichen versucht. Allerdings habe man sich in der Methode unterschieden, denn Schiller habe geglaubt, daß sich der gesellschaftliche Ausgleich manipulierend erreichen lasse.

Als die zehn Thesen der sozialen Marktwirtschaft nannte Erhard nach scharfer gesellschaftspolitischer Stellungnahme gegenüber den „modernen“ Ideologen unter anderem: die endgültige Überwindung des sich wieder regenden Klassenkampfdenkens und Widerstand gegen eine bewußt künstlich gezüchtete Proletariermentalität; verstärkte Anstrengungen, noch bestehende soziale und gesellschaftliche Spannungen, auch Vorurteile, endgültig abzubauen; die optimale Verteilung des Volkseinkommens nach den Maßstäben einer fortschrittlichen Leistungsgesellschaft; gleiche Bildungs-, Ausbildungs und Fortbildungsmöglichkeiten ohne ideologische Bindung; Beseitigung von Privilegien auf privater und staatlicher Ebene (Abbau von Subventionen und Verzicht auf Parteibuchkarrieren); Ausbau und Erweiterung der Liberalisierung; Sicherung und Wiederherstellung der Stabilität, Kampf gegen den Kollektivismus und Durchsetzung einer breiten Vermögensstreuung; Politik des Friedens, aber eindeutiges Bekenntnis zur westlichen freien Welt und zur Charta der Vereinten Nationen.

Von einer ganz anderen Ausgangsposition her stellte Rosenberg zum Teil ähnlich lautende ethische Forderungen gegenüber, entscheidend erweiternd allerdings durch den Begriff der „demokratischen Mitbestimmung“. Der frühere DGB-Chef definierte allerdings die Marktwirtschaft als reinen wirtschaftlichen Mechanismus und als unvereinbar vom Wesen her mit dem Wort „sozial“. Marktwirtschaft kenne keine Rücksichtnahme auf irgendwelche nicht rein wirtschaftlichen Überlegungen; im Grunde sei schon der freie Wettbewerb unsozial. Rosenberg wies auf eine Reihe Systemwidrigkeiten hin (wie Subventionen, staatliche Absicherung des Unternehmerrisikos, Konzentration) und stellte schließlich als „unverständlich“ heraus, daß nur die Marktwirtschaft als „einzig sinnvoll und der freiheitlichen Grundordnung entsprechend“ angesehen werde. Das stehe nicht im Grundgesetz. Die Bejahung des Privateigentums, der individuellen Initiative und die Förderung des Wettbewerbs mache sinnvolle Planung und Reformen zugunsten der Arbeitnehmerschaft mit dem Ziel einer gerechteren Verteilung des Eigentums nicht überflüssig.

Mit den grundsätzlichen Vorwürfen gegen die soziale Marktwirtschaft - daß sie angeblich nicht imstande sei, Mängel und Fehlentwicklungen vor allem im gesellschaftspolitischen Bereich zu vermeiden, setzte sich in einem Kernreferat dieser Tagung Ministerialdirektor Schlecht aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen auseinander. Schlecht, der in einer glänzenden Zusammenfassung der aktuellen Problemstellung pragmatisch über „die soziale Marktwirtschaft als permanente Herausforderung“ sprach, äußerte die offenbar von fast allen Tagungsteilnehmern geteilte Überzeugung, daß die Marktwirtschaft nicht nur eine Zukunft habe, sondern daß sie auch imstande sei, für die Lösung der anstehenden gesellschaftlichen Probleme die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Unter den vorhandenen Systemen gebe es keines, das bessere Ergebnisse zeitige als dieses mit seinem Höchstmaß an individueller und gesellschaftlicher Freiheit. Es müsse vielleicht gerade in der heutigen Situation an die Euckensche Überzeugung erinnert werden, daß die wirtschaftliche Freiheit eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung von Demokratie und Freiheit in Staat und Gesellschaft sei. Ihre eminente Anpassungsfähigkeit, die wirtschaftlich zu unbestrittenen Erfolgen geführt habe, stimme auch optimistisch für die Lösung der anstehenden gesellschaftlichen Probleme. Trotz der Entwicklung der Vermögensverteilung habe sie auch ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit verwirklicht. Schließlich sei es eine soziale Tat ersten Ranges gewesen, allen wieder Beschäftigung zu geben und den „Wohlstand für alle“ zu steigern; auch gehöre unser soziales Sicherungssystem zu den fortschrittlichsten der Welt.

Doch falsch und äußerst gefährlich sei es, betonte Schlecht, daraus den Schluß zu ziehen, daß restlos alles beim alten bleiben müsse. Als „offenes, dynamisches System“, von dem schon

Müller-Armack , Rüstow und andere „Klassiker“ gesprochen hätten, stelle es eine permanente politische Herausforderung dar, um „der modernen industrialisierten Gesellschaft eine funktionsfähige und zugleich menschenwürdige Ordnung“ zu geben. Über die Schritte auf diesem Wege bestehen. das ließ eine anschließende Podiumsdiskussion erkennen, unterschiedliche Auffassungen. Wichtiger Markstein auf diesem Weg jedoch ist - das sei als einhellige Meinung wiederholt - das Wiedererreichen der Stabilität.

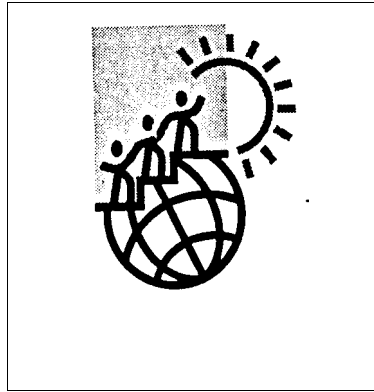
Schlecht wies im Zusammenhang mit dem Stabilitätsproblem allerdings auf Grenzen der Inflationsbekämpfung hin: Eine Reihe nicht mehr rückdrehbarer struktureller Elemente erlaube es nicht mehr, auf nur 1 bis 2 Prozent Preissteigerungen im Jahr zurückzugehen, ohne alle Ziele zu gefährden. Er würde es schon als Erfolg ansehen meinte er, wenn wir im nächsten Jahr nur 5 Prozent Preissteigerung erreichten und in den nächsten Jahren auf 3 Prozent zurückkämen. Allerdings müsse die Stabilitätspolitik wirklich ernst genommen und die Globalsteuerung („Sie ist inzwischen eine legitime Ehe mit der Marktwirtschaft eingegangen“) optimal gehandhabt werden.

Stabilitätspolitik bedeute unter anderem, auf zu ehrgeizige Wachstums- und Beschäftigungsziele zu verzichten und die Steuerungsmittel rechtzeitig einzusetzen („und nicht gleich das Knieschlottern kriegen“). Eine zentrale Rolle nehme die Bundesbank ein, deren Spielraum erweitert werden sollte: So solle die Mindestreserveregelung verbessert werden (auf die Aktivseite ausgedehnt), die Offenmarktpolitik mit Nichtbanken ausgebaut, die Rediskontingente verschärft und als „Ultima ratio trotz ordnungspolitischer Bedenken“ die Kreditplafondierung eingeführt werden - ein Vorschlag, der auf hörbaren Widerspruch bei einigen Tagungsteilnehmern stieß.

In der außenwirtschaftlichen Absicherung gehöre zur Stabilitätspolitik grundsätzlich auch künftig das Ventil der Wechselkurspolitik, erklärte Schlecht konträr zu der von Abs geäußerten Meinung. Zur Zeit befänden wir uns allerdings im Gleichgewicht und sei dieses Mittel ausgereizt. In der öffentlichen Finanzpolitik müsse auch die Einnahmeseite variabel gemacht werden (eine Auffassung, die der Steuerexperte Professor Neumark bereits vorher vertreten hatte) und in der Einkommenspolitik schließlich müsse Abschied genommen werden von der Vorstellung, daß über die Lohnpolitik sich die Vermögensverteilung ändern könne.

In der staatlichen Konjunkturpolitik wiederum könne der Staat nicht alle Risiken für unternehmerisches Fehlverhalten abnehmen. Es könne auch keine bedingungslose Vollbeschäftigungsgarantie des Staates geben. Das sei eben die Kehrseite der Freiheitsrechte der Tarifpartner.

Schlecht wies im Zusammenhang mit Ausführungen zur Ordnungspolitik schließlich darauf hin, daß, wenn wir nicht zum konsequenten Wettbewerb kämen und die Preissteigerungen anhielten, der Ruf nach dem Preiskommissar immer lauter werde. Damit könne die Marktwirtschaft auf leisen Sohlen zur Strecke gebracht werden. Er halte eine zu uneinsichtige Haltung der Unternehmen im Wettbewerb (besonders auf quasi-monopolistischen Märkten) für viel gefährlicher als die nebulösen Ideen mancher Sozialrevolutionäre.



Zehn Verpflichtungen zur Bekämpfung der Armut

Von den Delegierten des Sozialgipfels ausgehandelt

KOPENHAGEN

~ (dpa).

Auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen gehen die 121 Staats- und Regierungschefs zehn Verpflichtungen" zur Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung in allen UNO-Staaten ein. Der Inhalt dieser Verpflichtungen wurde vor Beginn des eigentlichen Gipfeltreffens von Delegierten der 185 vertretenen Länder ausgehandelt. Die lateinamerikanischen Staaten setzten sich mit ihrem Vorschlag durch, den ursprünglich vorgesehenen neun Verpflichtungen eine zehnte zu Ausbildungs- und Gesundheitsfragen hinzuzufügen. Die Verpflichtungen haben folgenden Inhalt (keine wörtliche Übersetzung):

1. Die UNO-Staaten verpflichten sich, wirtschaftliche, politische, soziale, kulturelle und juristische Verhältnisse zu schaffen, die den Menschen eine positive soziale Entwicklung ermöglichen.
2. Sie verpflichten sich, national und international die Beseitigung von Armut dadurch anzustreben und zu erreichen, daß diese oberste Priorität in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bekommt.
3. Sie verpflichten sich, Vollbeschäftigung anzustreben, indem sie oberste Priorität in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bekommt.
4. Sie verpflichten sich, die soziale Integration durch Schaffung einer Gesellschaft zu fördern, in der die Menschenrechte eingehalten werden. Sie soll auf Nicht-Diskriminierung, Toleranz und Vielfalt sowie Chancengleichheit basieren.
5. Sie verpflichten sich, für die Gleichstellung von Mann und Frau zu arbeiten.

6. Sie verpflichten sich, den umfassenden Zugang zu Ausbildungseinrichtungen und zur Gesundheitsversorgung anzustreben.
7. Sie verpflichten sich, die Entwicklung in den Ländern Afrikas und den ärmsten Staaten in anderen Regionen zu fördern.
8. Sie verpflichten sich, bei Struktur- und Reformprogrammen in der Dritten Welt sicherzustellen, daß diese soziale Zielsetzungen, darunter vor allem die Beseitigung von Armut, enthalten.
9. Sie verpflichten sich, verstärkt finanzielle Mittel für die soziale Entwicklung einzusetzen und/oder für eine bessere Nutzung von Mitteln mit Blick auf die Ziele des Sozialgipfels durch nationale Anstrengungen zu sorgen.
10. Sie verpflichten sich zu mehr und effektiverer Zusammenarbeit innerhalb der UN und ihrer Organe, um soziale Probleme zu lösen.

Österreich wird den ärmsten Staaten der Erde eine Milliarde Schilling (140 Millionen DM) erlassen. „Wir brauchen besondere Programme für die ärmsten Staaten. Dies sind auch direkte Investitionen in unserer aller Zukunft“, sagte Bundeskanzler Vranitzky vor dem Sozialgipfel. Darüber hinaus setzte er sich für ein Nachfolgetreffen zum Sozialgipfel auf europäischer Ebene ein. Zu vor hatte Dänemark schon sechs armen Ländern Schulden erlassen.

Benda: Grundgesetz schreibt keine Wirtschaftsverfassung vor

Baden-Baden, 13. Oktober ~dpa~ / Hannoversche Allgemeine Zeitung

Das Grundgesetz der Bundesrepublik schreibt nach Auffassung des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Benda, keine bestimmte Wirtschaftsverfassung vor. Vor der Mitgliederversammlung des Verbandes der Chemischen Industrie erklärte Benda am Freitag in Baden-Baden, die Soziale Marktwirtschaft sei zwar verfassungsgemäß. im Rahmen des Grundgesetzes sei aber auch eine andere Ordnung möglich, soweit sie Extremlösungen vermeide. Der Präsident betonte. das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes verpflichte den Staat „die soziale und damit auch die wirtschaftliche Ordnung im Sinne einer gerechten Ordnung“ zu gestalten. Allerdings trete das freiheitliche demokratische Grundgesetz der Staatswirtschaft, der Zentralverwaltungswirtschaft mit sozialisiertem Eigentum. „ohne jeden Zweifel entgegen“.